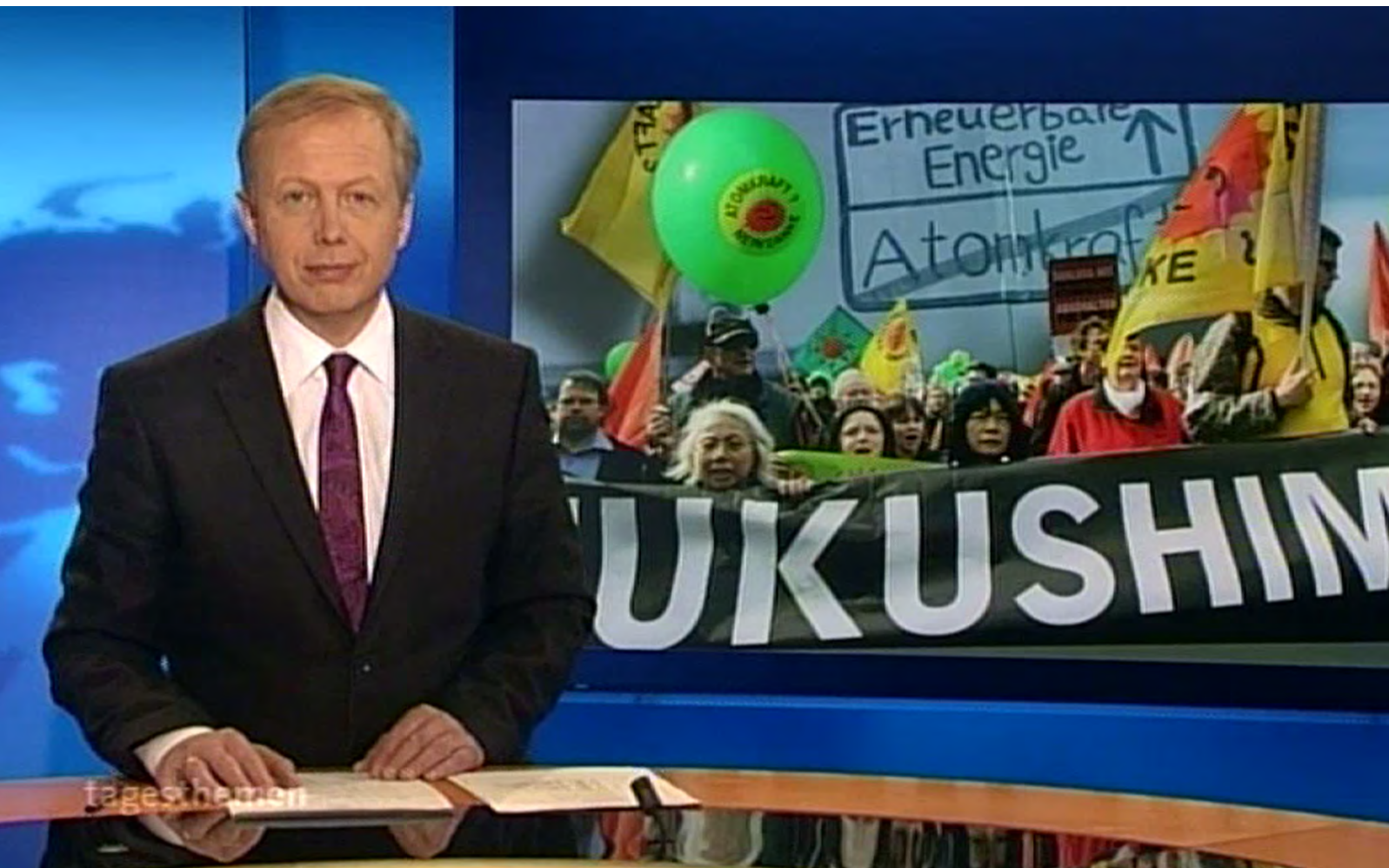


Zwischen Emphase und Aversion

Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung

Simon Teune
Moritz Sommer
unter Mitarbeit von Dieter Rucht



ipb working paper

Zwischen Emphase und Aversion

Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung

ipb working papers | Berlin, Juli 2017

Die ipb working papers werden herausgegeben vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Alle Texte aus der Reihe sind auf dieser Internetseite abrufbar.



Zwischen Emphase und Aversion. Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung von Simon Teune, Moritz Sommer und Dieter Rucht ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Screenshots der ARD Tagesthemen vom 26. März 2011 erstellt.

Die Autoren:

Simon Teune, Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) und Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft

Moritz Sommer, Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) und Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie

Dieter Rucht, Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Kontakt: info@protestinstitut.eu

Das dem Bericht zugrundeliegende Forschungsprojekt „Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung“ wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung von:

Bewegt Politik
campact!



Inhalt

1. Einleitung: Proteste in der Medienberichterstattung	1
2. Aufbau der Studie	3
3. Aufmerksamkeit als Ziel: Welchen Raum bekommen Proteste?	9
Die Proteste im Kontext von Themenkonjunkturen	9
Titelseite oder Randnotiz? Umfang und Platzierung der Berichte.....	17
Zwischenfazit.....	21
4. Sprecher_innen, Themen und Bewertungen: Welches Bild wird von den Protesten gezeichnet?	22
Wer kommt in den Berichten über Proteste zu Wort?	22
Welchen Raum nehmen Themen und Motive des Protests ein?.....	24
Welche Bewertungen werden in den Berichten sichtbar?	28
Zwischenfazit.....	30
5. „Die Breite der Bevölkerung“ oder „die üblichen Verdächtigen?“ - Mediale Deutungsrahmen.....	32
Zwischenfazit.....	40
6. „Es gibt kein Monopol auf Volkes Stimme“ - Der journalistische Blick auf Proteste	41
Zwischenfazit.....	45
7. Schluss: Wie Medien den Blick auf Protest formen.....	46
Literaturverzeichnis.....	49
Anhang	51

1. Einleitung: Proteste in der Medienberichterstattung

Soziale Bewegungen sind untrennbar mit der öffentlichen Arena verbunden. Erst wenn Bewegungen gesellschaftlich wahrgenommen werden und ihre Anliegen in den öffentlichen Raum vordringen, kann (politischer) Druck aufgebaut werden, um breitere gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben. Für diesen Weg in die Öffentlichkeit sind Journalist_innen zentrale Gatekeeper (Koopmans 2004). Von ihnen wahrgenommen zu werden und in der Berichterstattung von Tages- und Wochenzeitungen, Radio und Fernsehen sowie den damit verbundenen Online-Portalen zu erscheinen, gehört deshalb zu den wesentlichen Zielen von Protestorganisator_innen (Lipsky 1968; Rucht 1994).

Mediale Aufmerksamkeit ist eine zentrale Bedingung, um überhaupt Themen setzen und öffentliche Debatten prägen zu können (Andrews und Caren 2010, S. 843). Dafür sind Demonstrationen ein zentrales Mittel. Gamson und Wolfsfeld (1993, S. 116) formulieren zugespitzt:

A demonstration with no media coverage at all is a nonevent, unlikely to have any positive influence on mobilizing followers or influencing the target.

In der Forschung sind mehrere Faktoren herausgearbeitet worden, die die mediale Aufmerksamkeit für Demonstrationen beeinflussen (u.a. McCarthy et al. 1996; Oliver und Meyer 1999; Hocke 2002). Als zentral gilt der Nachrichtenwert (*news value*) des Ereignisses, der sich aus Größe, Konflikthaftigkeit, Kreativität, Beteiligung prominenter Personen und räumlicher Nähe zur Redaktion ergibt. Darüber hinaus spielen Routinen der Berichterstattung (*news routines*), wie das Einhalten redaktioneller Zeitvorgaben, die Vorprägung durch Formate und redaktionelle Linie eine Rolle. In einem größeren diskursiven Kontext sind mediale Themenkonjunkturen (*issue attention cycles*; Downs 1972), das heißt die zeitliche Entwicklung medialer Aufmerksamkeit für ein spezifisches Thema, ein weiterer entscheidender Faktor.

Den medialen Raum zu erobern ist wichtig. Allerdings ist dies nicht gleichbedeutend mit einer vorteilhaften Darstellung oder der erfolgreichen Platzierung der eigenen Botschaften. Jenseits des Umfangs der Berichterstattung stellt sich deshalb die Frage: Gelingt es Protestgruppen, Resonanz für die eigenen Deutungen zu erzeugen? Und inwiefern werden die Proteste in einem positiven Licht dargestellt (Gamson und Wolfsfeld 1993, S. 121)?

Um Antworten auf diese Fragen zu geben, haben wir die Berichterstattung zu sieben Demonstrationen in einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse verglichen. Ergänzt wird die Analyse durch ein Schlaglicht auf die journalistische Perspektive auf Protest, die vier Journalist_innen in Interviews mit uns teilten. Die Studie erlaubt einen doppelten Vergleich:

- Einen Vergleich von sieben Demonstrationen, die die öffentliche Diskussion zu einem Thema mitgeprägt haben. Wir fragen: Inwieweit sind die Deutungen der Protestierenden in die öffentliche Arena eingedrungen und wie werden sie in der Berichterstattung bewertet?
- Einen Vergleich unter elf Medien: Hier sind die zentralen Fragen: Welche Informationen und Einordnungen bieten sie den Leser_innen, Hörer_innen und Zuschauer_innen zu den Demonstrationen an? Und welche Muster ergeben sich für einzelne Medien?
- Wir gehen davon aus, dass das Bild, das in einem Medium von einer Großdemonstration gezeichnet wird, im Wesentlichen von drei Faktoren beeinflusst wird: 1) den Eigenschaften des Protestes, 2) der Produktionslogik des Mediums (Rundfunk vs. Print, tagesaktuell vs. wöchentlich) und 3) der redaktionellen Linie, die mit Annahmen über die Legitimität und Sinnhaftigkeit von Protest einhergeht.

Im Rahmen dieses Berichts kann der Einfluss dieser Faktoren nicht statistisch bestimmt werden. Sie werden aber als orientierende Konzepte immer wieder aufgegriffen.

2. Aufbau der Studie

Wie lässt sich die Berichterstattung über Proteste systematisch vergleichen? Sobald man versucht, diese Frage in ein Forschungsprojekt zu übersetzen, wird man schnell mit einer Vielzahl praktischer Probleme konfrontiert. Welche Demonstrationen werden verglichen? Gehen auch Berichte in die Analyse ein, die nicht das Ereignis selbst, aber das angesprochene Protestthema oder ähnliche Proteste in den Blick nehmen? Sollen beispielsweise auch kurze Warnstreiks erfasst werden? Ab welcher Teilnehmerzahl wird von einem kollektiven Protest gesprochen? Im Forschungsprozess fallen somit viele methodische Entscheidungen, die am Ende das in der Analyse gezeichnete Bild beeinflussen. Dabei ist die Realität komplexer als Ergebnistabellen vermuten lassen. Alle sieben Ereignisse, die die Studie in den Blick nimmt, sind Teil umfassenderer Kampagnen mit sehr unterschiedlichen Dynamiken. Diese Kontexte gehen durch die Fokussierung auf einzelne Demonstrationen verloren. In solchen Kampagnen können große Demonstrationen Höhe- und Wendepunkte bilden; sie können aber auch lediglich ein Ereignis unter vielen ähnlichen sein. Im Fall der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ist die in unserem Projekt berücksichtigte Großdemonstration in Rostock eines von mehr als tausend Protestereignissen, die die Berichterstattung mit beeinflussen (Teune 2012). Um die später präsentierten Ergebnisse einordnen zu können, ist dieser zweite Abschnitt den methodischen Entscheidungen und dem Aufbau der Studie gewidmet.

Zunächst ist es wichtig, die Rolle von Protesten in sozialen Bewegungen zu reflektieren. Sie sind ein taktisches Mittel, das „mobilisierte Netzwerke von Netzwerken“ (Neidhardt 1985, S. 197) einsetzen, um punktuell Anlässe gemeinsamer Erfahrung zu schaffen und die geteilte Kritik öffentlich sichtbar zu machen. Protest ist also immer in wechselnden Anteilen nach innen und nach außen gerichtet. Unter Umständen ist es den Teilnehmenden wichtiger, sich gemeinsam als handelnder und in gewisser Weise machtvoller Akteur zu erleben, als am Folgetag einen vorteilhaften Bericht in der Zeitung zu lesen. Vor allem aber sind Proteste nur die „Spitze des Eisberges“ sozialer Bewegungen und anderer Protestakteure. Zum einen besteht ihr Alltag aus weniger spektakulären, aber genauso konstitutiven Aktivitäten: aus gemeinsamen Treffen, Vernetzungen und Aushandlungsprozessen, aus der Sammlung und Verbreitung von alternativem Wissen, aus der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen. Zum anderen ist das, was am Tag des Protestes nach außen sichtbar wird, unter anderem wo, wann und in welcher Form demonstriert wird, das Ergebnis lang eingeübter Routinen, aber auch kontroverser interner Debatten. Diese zum Verständnis von Protest notwendigen Entwicklungen, der Alltag und der Diskurs sozialer Bewegungen, sind im Ereignis des Protestes nicht sichtbar.

Mit dem gegebenen Fokus auf Demonstrationen betraf die erste Entscheidung zu Beginn des Forschungsprojekts die Auswahl der zu vergleichenden Ereignisse. Das Projekt zielt darauf, der Form nach ähnliche Proteste zu vergleichen, die sich nach Themenfeldern, Zusammensetzung und nach der Art der Mobilisierung (u.a. in Bezug auf die Rolle von Organisationen und Kommunikationswegen) unterscheiden. Ausgewählt wurden letztendlich sieben Großdemonstrationen, die im jeweiligen Themenfeld als die größten Protestereignisse seit der Jahrtausendwende gelten können und für die wir eine breite Berichterstattung erwarten konnten (siehe Tabelle 1).¹ Großdemonstrationen, also Kundgebungen und

¹ Ein zusätzliches Argument war die Passung mit Demonstrationsbefragungen, die wir in der Vergangenheit durchgeführt haben (siehe: <https://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/>). Perspektivisch erlaubt die Zusammenführung der Datensätze unter anderem einen Vergleich von unmittelbar von Protestierenden geäußerten und medial transportierten Deutungsmustern.

Protestzüge die schon durch Teilnahmezahlen im fünf- bis sechststelligen Bereich einen Nachrichtenwert haben, wurden ausgewählt, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass alle untersuchten Medien über das Ereignis berichten. Dazu kommt, dass die verglichenen Demonstrationen hinsichtlich ihrer Form sehr ähnlich sind. Es handelt sich um Demonstrationen, die vom Ort einer Auftaktkundgebung zum Ort einer Abschlusskundgebung ziehen und innerhalb derer sich die Teilnehmenden mit Plakaten und Fahnen, Kleidung und Objekten, Sprechchören, Musik und anderen Ausdrucksformen politisch artikulieren. Von dieser Grundform gibt es Abweichungen, die in der Berichterstattung als mehr oder weniger bedeutend eingeordnet werden. So gab es sowohl bei der Demonstration gegen den Irakkrieg im Jahr 2003 als auch bei dem untersuchten Pegida-Marsch 2015 Gegenkundgebungen; am Rand des Protestes gegen den G8-Gipfel 2007 kam es zu Konfrontationen, Sachbeschädigungen und Verletzten.

TABELLE 1: FÜR DIE STUDIE AUSGEWÄHLTE GROßDEMONSTRATIONEN

Datum	Motto und Anlass/Thema	Ort(e)	Teilnehmende Nach Angaben der Organisator_innen / Polizei
Sa, 15.2.2003	<i>Kein Krieg in Irak - Kein Blut für Öl</i> Drohender Krieg im Irak	Berlin, Stuttgart u.a. (globaler Aktionstag)	500.000 / 500.000 (nur Berlin)
Sa, 3.4.2004	<i>Aufstehen, damit es besser wird</i> Agenda 2010	Berlin, Köln, Stuttgart (europ. Aktionstag)	500.000 / k.A.
Sa, 2.6.2007	<i>Another World is Possible</i> G8 Heiligendamm	Rostock	80.000 / 30.000
Fr, 1.10.2010	<i>Unser Widerstand wird schärfer</i> Stuttgart 21	Stuttgart	100.000 / 50.000
Sa, 26.3.2011	<i>Fukushima mahnt: Alle AKWs abschalten</i> Atomausstieg nach dem Fukushima-GAU	Berlin, Hamburg, Köln, München u.a.	250.000 / k.A.
Mo, 12.1.2015	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)	Dresden	40.000 / 25.000
Sa, 10.10.2015	<i>Stoppt TTIP/CETA</i> EU-Handelsabkommen mit USA und Kanada	Berlin	250.000 / 150.000

Für die Friedensbewegung geht die Demonstration gegen den drohenden zweiten Irakkrieg am 15. Februar 2003 in die Analyse ein (im Folgenden abgekürzt als: Irakkrieg). Die Demonstration wurde von Initiativen aus Friedensbewegung und globalisierungskritischer Bewegung organisiert und von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften unterstützt. Die Organisator_innen und die Polizei waren sich einig, dass sich in Berlin 500.000 Menschen an der Demonstration beteiligten. Der Plan zur Durchführung eines globalen Aktionstages entstand auf dem ersten europäischen Sozialforum 2002 in Florenz. Weltweit gingen an diesem Tag 10 bis 15 Millionen Menschen gegen die Invasionspläne der von den USA geführten Allianz auf die Straße – vor allem in den Nato-Staaten.

Als einer der größten Sozialproteste seit der Wiedervereinigung wurde die von den DGB-Gewerkschaften organisierte Demonstration „Aufstehen, damit es besser wird“ berücksichtigt (im Folgenden abgekürzt als: *Agenda 2010*). Noch vor den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV im Sommer 2004 hatte sich Widerstand gegen die umfassende Umstrukturierung des Sozialstaats geregt, die im Zuge der Agenda 2010 von der rot-grünen Bundesregierung vorangetrieben wurde. Als Teil der europaweiten Aktionstage „gegen Sozialkahlschlag“ zogen die Proteste am 3. April 2004 in Köln, Stuttgart und Berlin nach Angaben der die Organisation der Veranstaltung dominierenden Gewerkschaften insgesamt 500.000 Teilnehmende an. Da von der Kölner Polizei keine Zahlen vorliegen, ist von dieser Seite keine Angabe zu ermitteln.

Die Demonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm am 2. Juni 2007 in Rostock gilt als das größte globalisierungskritische Protestereignis in Deutschland (im Folgenden abgekürzt als: *G8-Gipfel*). Zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis von Initiativen und Organisationen aus unterschiedlichen Themenfeldern aufgerufen. Dieses Ereignis war der Höhepunkt eines zweijährigen Vorbereitungsprozesses. Wenige Tage vor Beginn des Gipfels in Heiligendamm versammelten sich in Rostock nach Angaben des Bündnisses 80.000 Teilnehmende. Die Polizei sprach lediglich von 30.000 Demonstrierenden. In einem der zwei Protestzüge, die sich am Rostocker Stadthafen treffen sollten, formierten sich zwei schwarze Blöcke, aus denen heraus mehrere hundert Teilnehmende die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten.

Für die häufig auf der lokalen Ebene bleibenden Proteste gegen Infrastrukturprojekte steht die Demonstration gegen Stuttgart 21 am 1. Oktober 2010 (im Folgenden abgekürzt als: *Stuttgart 21*). Der von einer Vielzahl lokaler Initiativen getragene Protest gegen das Tiefbahnhofprojekt Stuttgart 21 und die damit verbundene Stadtplanung nahm 2007 Fahrt auf, nachdem der Stadtrat ein Bürgerbegehren abgelehnt hatte. Mit dem Teilabriss des alten Bahnhofsgebäudes beherrschten die Proteste die Diskussionen in der Stadt und der Region. Die hier in den Blick genommene Demonstration sticht durch die größte Teilnehmezahl hervor. Das Organisationsteam ging von 100.000 Demonstrierenden aus; die Polizei schätzte deren Zahl auf 50.000. Die Demonstration war aber auch geprägt durch einen harten Polizeieinsatz gegen eine Blockade von Schüler_innen am Vortag, der später als „Schwarzer Donnerstag“ betitelt wurde.

Nach der Katastrophe, bei der ein Erdbeben und ein verheerender Tsunami zur Kernschmelze im japanischen Atomkraftwerk Fukushima Daiichi führten, hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Abschaltung der älteren deutschen Atomkraftwerke verfügt. Die Demonstration „Fukushima mahnt: alle AKWs abschalten“ am 26. März 2011 drängte dagegen auf den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft (im Folgenden abgekürzt als: *Fukushima*). Die Demonstration gehört zu einem Mobilisierungszyklus, in dem die Anti-Atombewegung die Annullierung des Ausstiegsbeschlusses der Vorgängerregierung skandalisierte. Die Demonstration, zu der langjährig aktive Umwelt- und Anti-Atominitiativen, aber auch Attac und das Netzwerk Friedenskooperative aufriefen, fand gleichzeitig in Hamburg, Berlin, Köln und München statt. Die Veranstaltenden zählten an allen vier Orten insgesamt 250.000 Demonstrierende. Von der Polizei liegen nicht für alle Demonstrationen Zahlen vor.

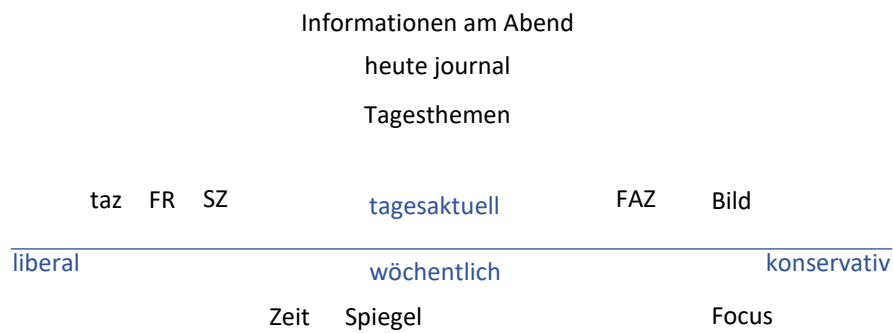
Die Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ stehen unter dem Kürzel *Pegida* für die größte völkische Protestmobilisierung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Demonstrationen sind Teil einer durch den Konflikt um die Flüchtlingspolitik beschleunigten Entwicklung, bei der die Grenze zwischen der konservativen und extremen Rechten durchlässig wird. Die Proteste zeichnen sich mit Blick auf Organisation und Mobilisierung durch die zentrale Rolle von Facebook aus. Organisationen der extremen Rechten wie auch die AfD traten nicht offen unterstützend auf. Inhaltliche und personelle Überschneidungen waren aber offenkundig. Für die hier in den Blick genommene Demonstration am 12. Januar 2015 haben sowohl das Organisationsteam (40.000) als auch die Polizei (20.000) die höchsten Teilnehmezahlen in der montäglichen Serie von Protesten angegeben.

Die bundesweite Demonstration gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, über die die Europäische Union mit den USA und Kanada verhandelte, brachte am 10. Oktober 2015 250.000 (nach Angaben des Protestbündnisses) bzw. 150.000 (nach Polizeiangaben) Menschen auf die Straße (im Folgenden abgekürzt als: *Stop TTIP/CETA*). Die Proteste gegen die Abkommen stellen eine weitere Phase der Globali-

sierungskritik dar, die in diesem Feld neue Akteure wie Kulturverbände und Kommunen einbezieht, jedoch andere, wie Initiativen der antikapitalistischen Linken, nicht einbindet. Die Demonstration in Berlin ist Teil einer groß angelegten Kampagne, in deren Verlauf eine europaweite Bürgerinitiative mehr als drei Millionen Unterschriften sammeln konnte. Das Protestbündnis wurde wesentlich von großen, ressourcenstarken Organisationen getragen.

Davon ausgehend, dass sich die Berichterstattung nicht nur je nach Demonstration, sondern auch nach dem berichtenden Medium unterscheidet, wurden insgesamt elf Quellen ausgewählt, darunter fünf Tageszeitungen (Bild-Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, taz. Die Tageszeitung), drei wöchentlich erscheinende Magazine/Zeitungen (Der Spiegel, Focus, Die Zeit), zwei Fernseh- (Tagesthemen (ARD) und heute-journal (ZDF)) sowie eine Radionachrichtensendung (Informationen am Abend (Deutschlandfunk)). Die ausgewählten Quellen sollten dabei unterschiedliche Produktionszyklen (tagesaktuell vs. wöchentlich) und -logiken (Print vs. TV vs. Radio) sowie redaktionelle Ausrichtungen (liberal vs. konservativ) widerspiegeln (siehe Abbildung 1).

ABBILDUNG 1: EIGENSCHAFTEN DER AUSGEWÄHLTEN QUELLEN



Im Gegensatz zu vorangegangenen Untersuchungen zur Medienberichterstattung über Demonstrationen (z.B. Rucht & Teune 2008), schließt die vorliegende Studie Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Wegen beschränkter Ressourcen konnten darüber hinaus keine weiteren Quellen, z.B. Nachrichtensendungen im privaten Fernsehen oder Onlinenachrichtenportale herangezogen werden. Die Einbeziehung von Nachrichtensendungen in Radio und Fernsehen erweitert die Perspektive, macht aber den Vergleich auch komplexer. Die unterschiedlichen Formate in Print und Rundfunk sind nur eingeschränkt vergleichbar. Während die Ausgabe einer Tageszeitung in den verschiedenen Ressorts unterschiedliche Themen und Genres umfasst, deckt eine Nachrichtensendung in Radio und TV nur einen Teil der Berichterstattung des Senders ab.

Für die Quellen wurden Ausgaben im unmittelbaren zeitlichen Umfeld der jeweiligen Demonstration gesichtet.

- Für tagesaktuelle Printmedien: eine Ausgabe vor dem Ereignis, die Ausgabe vom Tag des Ereignisses und die drei darauffolgenden Ausgaben.
- Für wöchentlich erscheinende Printmedien: die auf den Ereignistag folgende Ausgabe
- Für Radio- und TV-Nachrichten: die Sendung des Ereignistages und des darauffolgenden Tages.

In die Analyse gingen all jene Beiträge ein, in denen die jeweilige Demonstration explizit erwähnt wurde.² Dabei ergibt sich das folgende Bild (siehe Tabelle 2): Die meisten Beiträge entfallen auf die Demonstration gegen den G8-Gipfel in Rostock – auch weil die taz zum Gipfel Sonderseiten produzierte, in denen das Gipfel- und Protestgeschehen minutiös aufbereitet wurde. Im Mittelfeld liegen die Friedensdemonstration gegen den Irakkrieg, die Proteste gegen Agenda 2010 und Stuttgart 21 sowie Pegida. Die wenigsten Berichte widmen sich der Anti-Atomdemonstration und dem Protest gegen TTIP und CETA. Die Gesamtzahl der Beiträge, die in den einzelnen Quellen erfasst wurde, spiegelt die Unterschiede zwischen den Publikationsformaten wieder. Die Ausreißer bei den tagesaktuellen Printmedien gehen auf die G8-Berichterstattung in der taz und die selektive und reduzierte Berichterstattung der Bild-Zeitung als Boulevardblatt zurück.

TABELLE 2: ÜBERSICHT DER ANALYSIERTEN BEITRÄGE

Demonstration	FAZ	Bild	SZ	FR	taz	Focus	Spiegel	Zeit	ARD	ZDF	DLF	Gesamt
Irakkrieg	8	9	9	16	15	0	0	1	1	1	2	62
Agenda 2010	3	5	11	8	13	0	0	3	2	1	5	51
G8-Gipfel	14	8	14	10	35	2	2	3	4	4	5	101
Stuttgart 21	5	5	13	10	12	1	1	0	5	3	0 ³	55
Fukushima	2	1	2	4	6	0	1	1	1	1	1	20
Pegida	14	0	7	8	7	0	2	7	4	3	1	53
Stop TTIP CETA	4	0	5	5	9	0	0	1	1	1	1	27
Gesamt	50	28	61	61	97	3	6	16	18	14	15	369

Alle Printartikel wurden in der publizierten Form digitalisiert, Radio-Beiträge transkribiert; bei TV-Sendungen wurde neben der Tonspur auch die Bildsequenz protokolliert. Dann erfolgte die Kodierung aller Beiträge nach einem komplexen Schema. Dabei wurden neben den Eigenschaften der einzelnen Beiträge (u.a. Genre, Länge, Seitenzahl, Bebilderung) die folgenden Merkmale erhoben:

- Der Raum, den die Demonstration im Beitrag einnimmt; der Raum, den Protestmotive einnehmen
- Die Akteure, die im O-Ton zu Wort kommen
- Textpassagen mit Deutungsangeboten (Frames) von Demonstrierenden, Gegendemonstrierenden und Journalist_innen⁴
- Die Bewertung der Demonstrierenden im Beitrag insgesamt, Bewertungen durch Akteure im O-Ton

Die Kodierung der Artikel und die damit verbundene Einordnung der Beiträge anhand des Klassifikationsschemas bilden die Grundlage für die folgenden Aussagen. Die Kodierung wurde von drei Mitgliedern des Forschungsteams entworfen bzw. vorgenommen. Ein Kodiertraining und die gemeinsame Diskussion über die Auslegung des Kodierschemas sollten eine größtmögliche Übereinstimmung in der Einordnung der Beiträge sicherstellen.

² Ausgeschlossen waren Sport-, Wirtschafts- und Regionalteile der tagesaktuellen Printmedien. Thematisch relevante Protestereignisse oder Proteste außerhalb Deutschlands, die als Teil internationaler Aktionstage dem untersuchten Protestereignis zugeordnet werden könnten, wurden ebenfalls ausgeschlossen.

³ Die Sendung am Ereignistag war im DLF-Archiv nicht verfügbar.

⁴ Für den Bericht gingen nur die von Journalist_innen formulierten Deutungsangebote in die Analyse ein.

Die Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung wurde ergänzt durch leitfadengestützte Interviews mit Journalist_innen, die in unterschiedlichem Umfang und mit verschiedener Verantwortlichkeit Erfahrungen mit Berichten über Demonstrationen gesammelt hatten. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Berichtes gehen drei Interviews in die Analyse ein, die in Abschnitt 6 ausführlicher beschrieben sind.

Die beiden folgenden Abschnitte stellen die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse dar. Zunächst werden die einzelnen Protestereignisse in den größeren Kontext von Themenkonjunkturen gestellt und der Umfang und die Positionierung der Berichterstattung ermittelt. Inwiefern gelingt es den Demonstrierenden, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen? Der nächste Abschnitt widmet sich der inhaltlichen Ausgestaltung und der Tonalität der Berichte. Welches Bild wird von den Protesten gezeichnet? Abschnitt 5 im Anschluss analysiert die im Rahmen der Kodierung erfassten Deutungsmuster, die in den Berichten erscheinen. Auf welche Deutungsmuster wird wiederholt Bezug genommen? Und wie werden die einzelnen Demonstrationen eingeordnet? Bevor die Ergebnisse in einem Schlussteil zusammengefasst werden, widmet sich der vorletzte Abschnitt 6 dem journalistischen Blick auf Protest und dem Rollenverständnis der interviewten Journalist_innen.

3. Aufmerksamkeit als Ziel: Welchen Raum bekommen Proteste?

Wenn es Protestakteuren darum geht, die Aufmerksamkeit für ihr Thema zu maximieren, bietet die in Tabelle 2 aufgeführte Zahl an Beiträgen bereits eine grobe Orientierung darüber, wie erfolgreich die Protestierenden in dieser Hinsicht waren. Dieser Abschnitt ist einer detaillierteren Erfassung des Umfangs und der Platzierung der Berichterstattung gewidmet. Er klärt die Frage, wie viel und wie prominent über die Demonstrationen berichtet wurde. Um nachvollziehen zu können, in welchem Kontext die erhobenen Berichte erscheinen, werden zuerst die Themenkonjunkturen in den Blick genommen, innerhalb derer die Demonstrationen stattfanden. Auf diese Weise werden unterschiedliche Funktionen von Protesten in der Berichterstattung über ein Thema sichtbar und der Umfang der Berichte über die Demonstrationen lässt sich in eine breitere Diskussion zum jeweiligen Thema einordnen.

Die Proteste im Kontext von Themenkonjunkturen

Als Element der öffentlichen Diskussion zu gesellschaftlichen Problemen und Konflikten spielen Demonstrationen eine wichtige Rolle. Sie rufen Probleme ins Bewusstsein, machen antagonistische Positionen sichtbar und markieren so gesellschaftliche Konfliktlinien (Kriesi et al. 2012). Ob und wie intensiv Demonstrationen wahrgenommen und diskutiert werden, ist aber nicht nur von den Anstrengungen der Demonstrierenden selbst abhängig oder von den Eigenschaften, die ihren Protest auszeichnen. Zum einen sind Wahrnehmungsmuster und die Verteilung von Aufmerksamkeit durch gesellschaftliche Machtverhältnisse strukturiert. So weisen Davenport (2010) und Weiner (2011) darauf hin, dass Proteste von Schwarzen und anderen Minderheiten in den USA medial unterrepräsentiert sind und rassistische Stereotype reproduzieren. Zum anderen spielen Themenkonjunkturen, also das Auf und Ab der öffentlichen Debatte zu einem Thema, als Kontext für Proteste eine wesentliche Rolle. Wenn es den Protestierenden gelingt, „mit der Welle [zu] schwimmen“ (Nolan 1985), können ihre Aktionen eine stärkere Medienaufmerksamkeit generieren als in Zeiten fehlender oder abnehmender Zuwendung für ein gegebenes Thema.⁵

Wird ein Thema mit Nachdruck ‚gesetzt‘ oder wird es im Rahmen eines issue attention cycle [...] mit den Phasen des Anstiegs, Höhepunkts und Abklingens als besonders ‚heiß‘ empfunden, so stehen die Chancen gut [, dass Demonstrationen mediale Aufmerksamkeit erfahren]. Ist ein Thema dagegen bereits ‚durch‘, so werden Proteste in dieser Sache selbst dann ignoriert, wenn sie faktisch (noch) zunehmen [...] (Rucht 2016).

Tatsächlich identifizieren McCarthy et al. die Positionierung von Demonstrationen in Themenkonjunkturen nach der Größe der Demonstration als stärksten Prädiktor für den Umfang der medialen Berichterstattung über Demonstrationen im Washington, D.C. der 1980er und 1990er Jahre (McCarthy et al. 1996, S. 481; Smith et al. 2001, S. 1421).

Hier stellt sich allerdings die Frage, inwieweit Protestakteure z.B. durch Großdemonstrationen selbst Themenkonjunkturen auslösen oder zumindest beeinflussen können. Die Entwicklung solcher Konjunkturen ist potentiell gleichzeitig Erklärung für und Folge von medialer Aufmerksamkeit für Demonstrationen.

⁵ Damit verbunden ist wiederum die allgemeine Annahme über die journalistische Arbeitslogik, „[that] media personnel have a tendency to connect these cycles with ongoing events“ (McCarthy et al. 1996, S. 490), wie eben Demonstrationen.

onen. Es geht also nicht allein um die (strategische) Positionierung der Demonstration in einer Themenkonjunktur, sondern auch um die Rolle, die einer Demonstration innerhalb dieser Themenkonjunktur als Folge verstärkter Aufmerksamkeit zukommt. Damit gerät neben der absoluten Menge der Berichterstattung über eine Demonstration auch die relative Bedeutung der Demonstration für die Gesamtberichterstattung zu einem Thema in den Blick. Gerade für thematisch klar fokussierte Demonstrationen kann diese relative Bedeutung als Indikator dafür dienen, inwieweit es gelingt ein neues Thema auf die Agenda zu setzen oder eine mediale Debatte zu einem Thema maßgeblich zu prägen.

Zu beachten ist, dass die Beziehung von Protesten und medialer Aufmerksamkeit noch eine weitere Ebene hat: die mediale Berichterstattung ist Teil des Mobilisierungsprozesses. Sie kann die Kalküle potenzieller Teilnehmender verschieben und auf diese Weise die Beteiligung an einer Demonstration befördern. Damit wiederum entsteht ein neuer Anlass zur Berichterstattung, so dass sich im Verlauf eine Aufmerksamkeitskaskade ergibt (Teune 2015, S. 11). Im Extremfall können Medien gar die Organisationsleistung von Bewegungsnetzwerken ersetzen und über ihre Berichterstattung und den Aufruf zur Beteiligung an Protesten selbst Proteste ins Leben rufen (Walgrave und Manssens 2000).

Die vier folgenden idealtypischen Muster⁶ skizzieren verschiedene mögliche Rollen von Demonstrationen in einer Themenkonjunktur (siehe Abbildung 2). Dabei steht der Einfluss der Demonstrationen auf die Themenkonjunktur im Vordergrund.

Typ 1 - Mediale Überlagerung: Der Themenzyklus entwickelt sich unabhängig von der Demonstration, die von der generellen Berichterstattung über das Thema überlagert wird. Die Demonstration folgt einer starken (sinkenden oder steigenden) Thematisierung im Vorfeld, die aber nicht durch die Demonstration beeinflusst oder gar verstärkt wird. Für den ersten Fall einer steigenden Themenkonjunktur ist unabhängig von der Auswirkung der Demonstration auf die Themenkonjunktur eine stärkere Aufmerksamkeit zu erwarten als für den zweiten Fall einer abnehmenden Konjunktur.

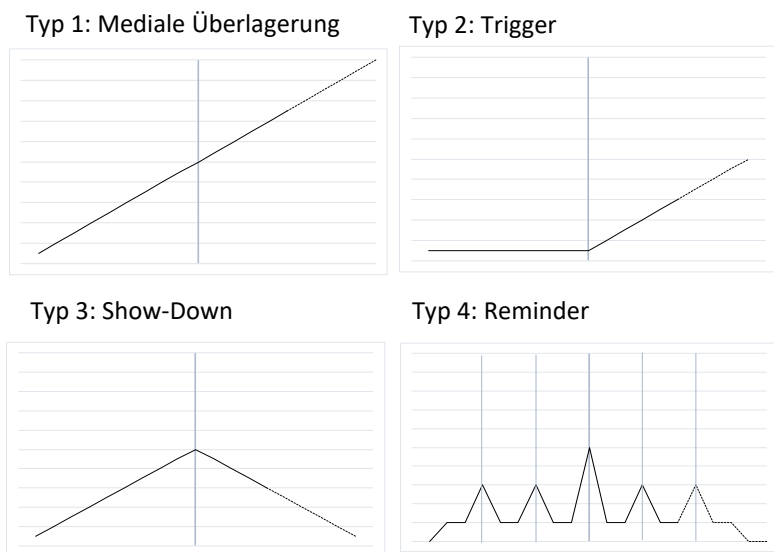


ABBILDUNG 2: DIE ROLLE VON PROTEST IN THEMENKONJUNKTUREN – VIER IDEALTYPEN

Typ 2 - Trigger: Die Demonstration setzt ein Thema auf die Tagesordnung. Mit dem Protest wird das Thema in der medialen Öffentlichkeit (unter Umständen erneut) sichtbar. Die öffentliche Thematisierung ist also unmittelbar mit der Demonstration verbunden. Diese verstärkt die Beschäftigung mit einem gesellschaftlichen Problem oder steht am Beginn einer neuen Themenkonjunktur.

⁶ Der Tag der Großdemonstration wird durch die vertikale Linie gekennzeichnet. Der Graph stellt die Entwicklung der Themenkonjunktur da.

Typ 3 - Show-Down: Der Protest bildet den Höhepunkt des Aufmerksamkeitszyklus. In den Tagen um den Protesttag kulminiert die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema, um danach wieder abzuflauen.

Typ 4 - Reminder: Regelmäßig wiederkehrende Demonstrationen sorgen dafür, dass die öffentliche Aufmerksamkeit immer wieder auf ein Thema gerichtet wird. Die Demonstrierenden wollen in einer laufenden Diskussion immer wieder aufs Neue die eigene Deutung sichtbar machen oder ein bereits gesetztes Thema auf der Agenda halten.

Die im Folgenden näher untersuchten Großdemonstrationen werden unter Rückgriff auf diese Idealtypen betrachtet und so für die weitere Analyse kontextuell eingeordnet. Dabei berücksichtigen wir für jede Demonstration die absolute Entwicklung der Themenkonjunktur sowie die Positionierung der Demonstration und den ersichtlichen Einfluss auf die unmittelbare Entwicklung der Aufmerksamkeit. In einem zusätzlichen Schritt wird für jede Demonstration die Relevanz der *Protestberichterstattung* für die Konjunktur des zentralen Themas in den Tagen um die Demonstration untersucht. Dafür wird die Zahl der Artikel mit Demonstrationsbezug zu der Gesamtanzahl der thematisch einschlägigen Artikel ins Verhältnis gesetzt.

Zur Ermittlung der Themenkonjunkturen wurden für einen Zeitraum von je zwei Monaten vor und nach der Demonstration über den Presserecherchedienst LexisNexis alle Artikel mit einem Bezug zum zentralen Demonstrationsthema in drei über den Dienst verfügbaren Tageszeitungen erhoben: FR, taz und Die Welt (die Liste der Suchkombinationen findet sich im Anhang).

Tabelle 3 vergleicht das Maß medialer Aufmerksamkeit für die zentralen Demonstrationsthemen über den gesamten Untersuchungszeitraum sowie den Anteil der Artikel, die unmittelbar vor und nach der Großdemonstration explizit auf die Demonstration Bezug nehmen.⁷ Die Tage beziehen sich hier und in den folgenden Graphen immer auf Publikationstage der Zeitungen.

TABELLE 3: THEMENKONJUNKTUREN – ÜBERBLICK MEDIALER AUFMERKSAMKEITSMASSE

Thema	Artikel pro Tag Mittelwert -/+ 2 Monate	Standardabweichung Mittelwert -/+ 2 Monate	Anteil der Artikel mit De- monstrationsbezug ⁸ -1/+3 Tage
Irakkrieg⁹	15,90	3,75	18,6%
Fukushima	8,84	2,76	4,5%
G8-Gipfel	4,99	2,38	17,4%
Pegida	3,94	1,88	13,3%
Stuttgart 21	2,76	1,59	34,0%
Agenda 2010	2,19	1,47	13,3%
TTIP CETA	0,88	0,86	35,2%

Bereits an dieser Stelle werden große Unterschiede in der Aufmerksamkeit für die von den Demonstrationen zentral thematisierten Anliegen deutlich. Mit fast 16 Artikeln pro Publikationstag erfährt das

⁷ nämlich entsprechend dem Sampling für die Inhaltsanalyse einen Tag vor dem Protest, am Ereignistag und in den drei darauffolgenden Tagen.

⁸ Auf Grund technischer Einschränkungen konnten nur FR und taz-Artikel mit Demonstrationsbezug nach den Sampling-Regeln des Projekts berücksichtigt werden.

⁹ Die tatsächliche Menge der Artikel mit Bezug zum Irakkrieg liegt noch etwas höher als hier angegeben. Auf Grund technischer Einschränkungen wurden nur Artikel berücksichtigt, die mindestens zwei Verweise zum Thema aufwiesen. Bei allen anderen Themen reichte ein Verweis.

Thema Irakkrieg die mit Abstand größte mediale Aufmerksamkeit im viermonatigen Untersuchungszeitraum, gefolgt von dem Thema Fukushima/Atomkraft mit knapp neun Artikeln, dem Thema G8 mit knapp fünf und Pegida mit fast vier Artikeln. Die geringste Aufmerksamkeit erhält das Thema TTIP/CETA mit knapp einem Artikel pro Tag. Die detaillierte Betrachtung der Themenkonjunkturen soll unter anderem Aufschluss darüber geben, inwieweit der Anstieg der medialen Aufmerksamkeit mit den jeweiligen Großdemonstrationen in Verbindung steht.

In den Abbildungen wird der Tag der Großdemonstration jeweils durch eine senkrechte Linie dargestellt. Zentrale Ereignisse, die sich bei Durchsicht der Artikel als besonders medienwirksam erwiesen, wurden markiert. Zudem ergeben sich durch Demonstrationen an Samstagen oder bei abendlichen Demonstrationen nach Redaktionsschluss (z.B. bei der Großdemonstration zu Stuttgart 21 an einem Freitagabend) Verzögerungen in der medialen Reaktion, die sich in den Abbildungen widerspiegeln.

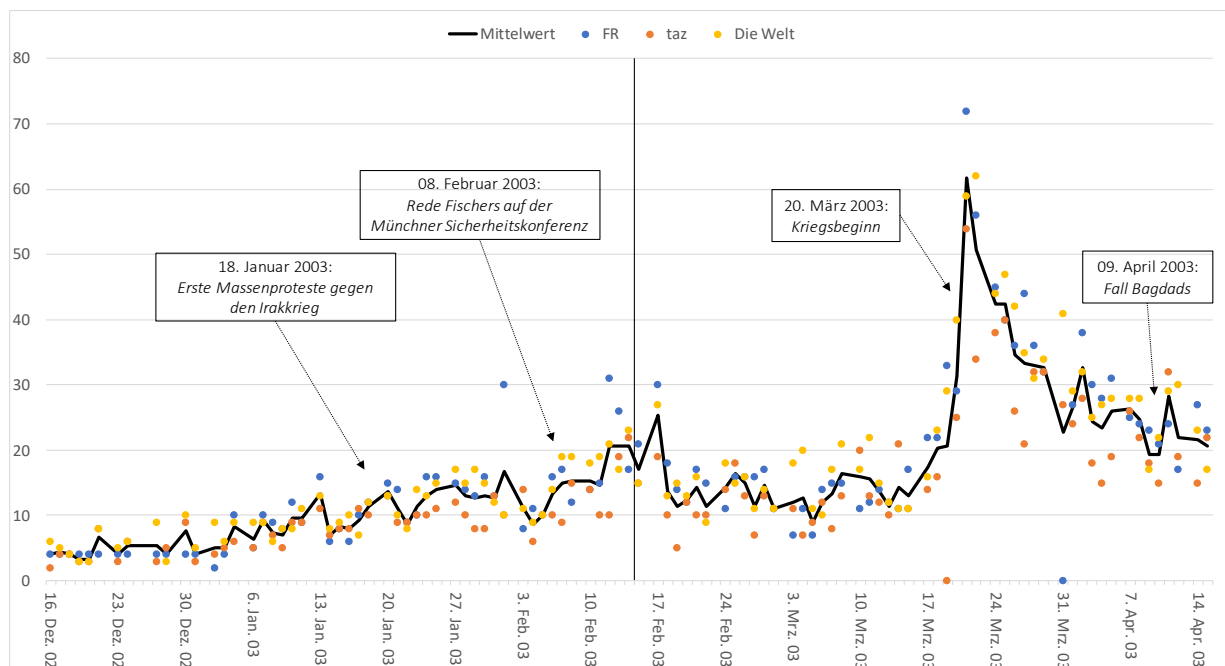


ABBILDUNG 3: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE DEMONSTRATION GEGEN DEN IRAKKRIEG (15.02.2003)

Wie beschrieben ist die mediale Aufmerksamkeit für den Irakkrieg im Viermonatszeitraum auf konstant hohem Niveau, wobei sie mit Kriegsbeginn am 20. März 2003 einen klaren Höhepunkt erreicht (Abbildung 3). Die internationale Aufmerksamkeit und die sich zuspitzende Lage mit der Vorlage angeblicher Beweise für die Produktion von Massenvernichtungswaffen sowie die Debatten um eine mögliche Beteiligung Deutschlands tragen auch vor Kriegsausbruch zu einer hohen Sichtbarkeit bei. Daneben scheinen auch die Massenproteste gegen den Irakkrieg in vielen deutschen Städten einen deutlichen Effekt auf den Themenzyklus zu haben, ohne aber das Thema zu dominieren. In unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Demonstration bezieht sich knapp ein Fünftel der thematisch einschlägigen Artikel auf die Massenproteste in Deutschland (siehe Tabelle 3). Angesichts der generell hohen Anzahl der Artikel ist dies ein beachtlicher Wert, zumal Berichte zu den gleichzeitig stattfindenden weltweiten Protesten hier nicht eingeschlossen sind. So markiert der Zeitpunkt rund um die Proteste den Höhepunkt der medialen Aufmerksamkeit im Vorfeld des Kriegsausbruchs nach dem Muster eines vorgelagerten Show-Downs.

Der Aufmerksamkeitszyklus zum Thema Agenda 2010 und Abbau des Sozialstaats in Deutschland verläuft auf den ersten Blick weniger eindeutig (Abbildung 4). Die Entwicklung der medialen Berichterstat-

tung zeigt, dass das Thema auch rund ein Jahr nach der öffentlichen Präsentation der Agenda 2010 kontinuierliche Beachtung erfährt. Die Tage rund um die Großdemonstration am 3. April 2004 bilden einen der Höhepunkte der medialen Aufmerksamkeit. Beiträge mit direktem oder indirektem Bezug zur zivilgesellschaftlichen Mobilisierung für die Großdemonstration spielen schon ab Ende März eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Themenkonjunktur. Insbesondere finden sich viele Beiträge zur Mobilisierung der Gewerkschaften - ein Hinweis darauf, dass die ‚Prominenz‘ der Veranstalter den Grad der medialen Beachtung beeinflusst. Der Verlauf der Themenkonjunktur in den vier Tagen um die Großdemonstration wird sehr stark von eben dieser geprägt. Mehr als 38 Prozent der Artikel haben in diesem Zeitraum einen unmittelbaren Bezug zur Demonstration, so viel wie bei keiner anderen hier untersuchten Demonstration (siehe Tabelle 3). Die Demonstration fungiert als wirkungsvoller Reminder. Auch jenseits der Demonstration wird die Themenentwicklung stark durch Proteste (mit-) geprägt. Die Ostermärsche und die Demonstrationen zum Tag der Arbeit, die 2004 im Zeichen der Reformen standen, trugen dazu bei, das Thema auf der öffentlichen Agenda zu halten.

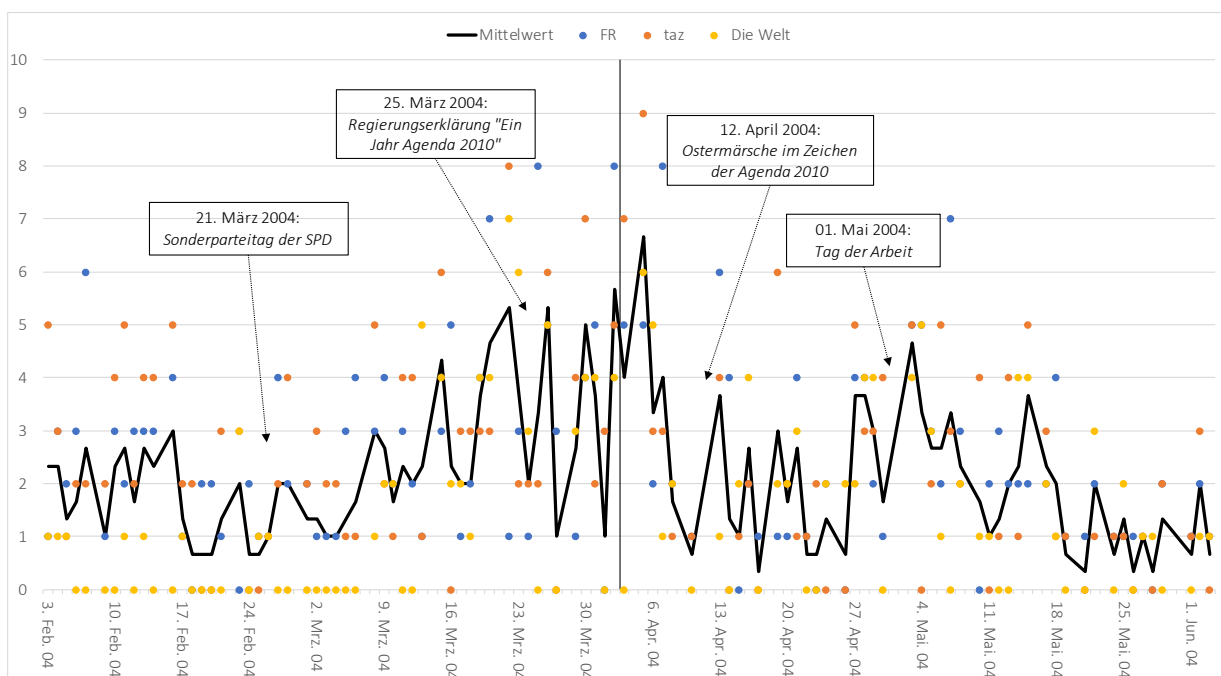


ABBILDUNG 4: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE DEMONSTRATION GEGEN DIE AGENDA 2010 (3.4.2004)

Die Themenkonjunktur zwei Monate vor und nach der Rostocker Demonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm kommt der eines klassischen Show-Downs nahe. Bei der Beurteilung der medialen Wirksamkeit der Proteste ist aber vor allem der G8-Gipfel als solchen zu beachten, der vom 6. bis 8. Juni 2007 stattfand. Abbildung 5 zeigt, dass sich die Aufmerksamkeit für das Thema stetig aufbaut, um nach dem Gipfel und den Protestaktivitäten schnell wieder abzuebben. Insgesamt ist die Berichterstattung sehr protestbezogen; der Blick in die Artikel zeigt, wie im Vorfeld der Proteste (und des Gipfels) die geplanten Protestaktivitäten massiv zur Aufmerksamkeit für das Thema G8 beigetragen haben. Interessanterweise lief die Themenplatzierung vor allem über Unterthemen wie Polizeikontrollen und Einschränkungen des Demonstrationsrechts und weniger über inhaltliche Auseinandersetzungen mit der Politik der G8. Beispiele dafür sind die sich in der graphischen Darstellung der Themenkonjunktur manifestierenden Durchsuchungen von linken Zentren und Einzelpersonen am 9. Mai sowie die Diskussionen rund um das Versammlungsverbot Mitte Mai.

Die Auftaktdemonstration am Abend des 2. Juni ist hier als ein Teil der Gipfelproteste zu interpretieren, die aus weit mehr Protestaktivitäten, wie z.B. Blockadeaktionen, thematischen Aktionstagen oder dem Alternativgipfel bestanden. Das erklärt auch, dass im unmittelbaren Zeitraum um die Demonstration nur 17,4 Prozent der Artikel mit G8-Bezug auch einen direkten Bezug zur Demonstration aufweisen (siehe Tabelle 3). Der Anteil mit einem allgemeinen Bezug zu den Protesten gegen den Gipfel ist um ein Vielfaches höher. Eine frühere Analyse der Berichterstattung zum Gipfel ergab, dass fast zwei Fünftel der Artikel in elf Printmedien in der Hauptsache dem vielfältigen Protest gewidmet waren; nur knapp zwölf Prozent nahmen das Gipfelgeschehen in den Fokus (Rucht und Teune 2008, S. 63).

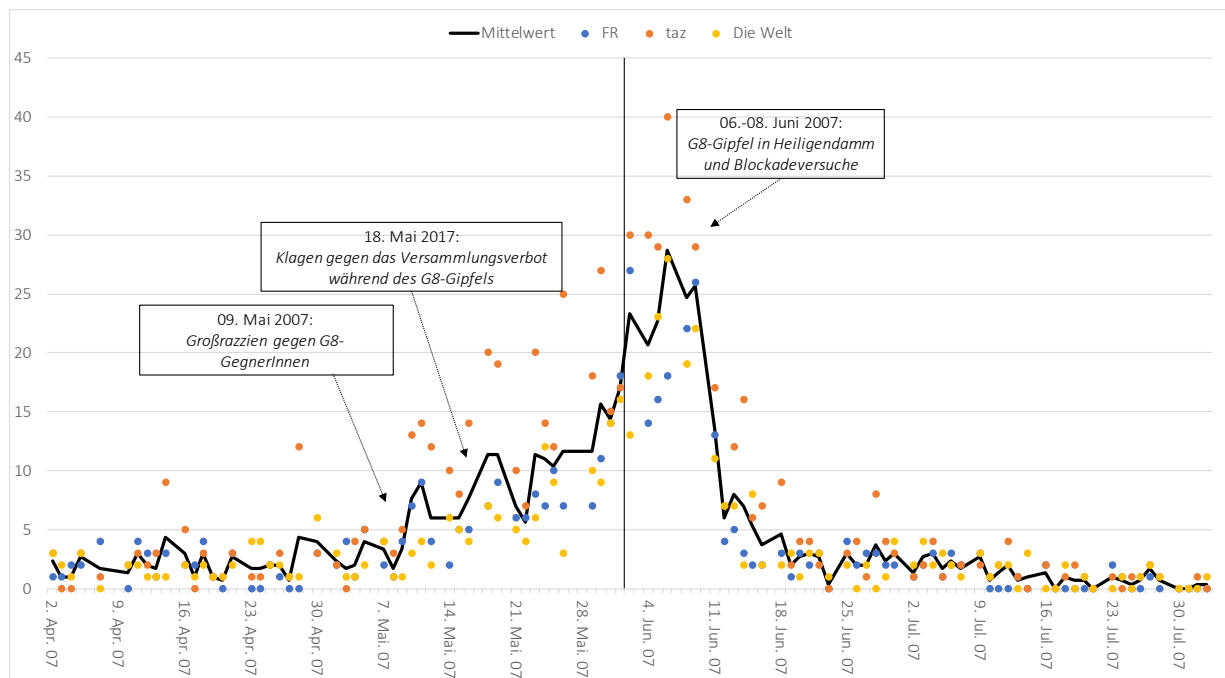


ABBILDUNG 5: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE DEMONSTRATION GEGEN DEN G8-GIPFEL (2.6.2007)

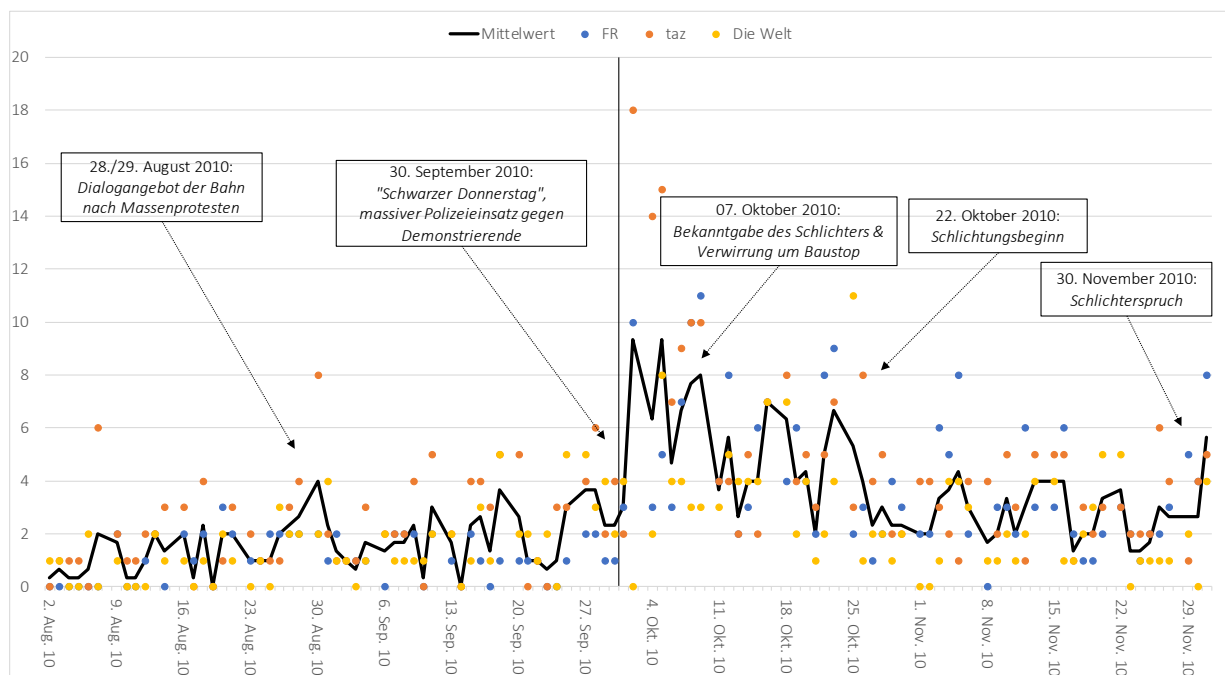


ABBILDUNG 6: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE DEMONSTRATION GEGEN STUTTGART 21 (1.10.2010)

Die Berichterstattung rund um Stuttgart 21 ist ein Beispiel dafür, wie Proteste die Aufmerksamkeit für ein Thema nachhaltig verstärken können (Abbildung 6). In diesem Sinne kommt die Großdemonstration am 1. Oktober 2010 dem Idealtyp des Triggers am nächsten. In den fünf Zeitungsausgaben, die in der Spanne vom Tag vor bis zum dritten Tag nach der Demonstration am Freitagabend¹⁰ erschienen sind, beziehen sich 34 Prozent der Artikel mit Stuttgart 21-Bezug unmittelbar auch auf die Großdemonstration. Auch hier gilt aber, dass die stark ansteigende Aufmerksamkeit im Zusammenspiel mit anderen zeitnahen Protestaktionen zu verstehen ist. Insbesondere die Ereignisse um den sogenannten „Schwarzen Donnerstag“ am Tag vor der hier betrachteten Demonstration finden einen Niederschlag. Dass die Polizei bei der Räumung des Schlossgartens mit ungewohnter Härte gegen die Demonstrierenden vorgegangen war, führte zu einer verstärkten medialen Aufmerksamkeit. Somit wurde die Demonstration am Freitagabend, und somit auch die Berichterstattung, von diesem Ereignis überblendet. Dennoch suggeriert der vergleichsweise hohe Anteil der Artikel mit Bezug zur untersuchten Demonstration (34%; siehe Tabelle 3), dass auch diese zu der verstärkten medialen Präsenz des Themas in den nachfolgenden Tagen und Wochen beigetragen hat.

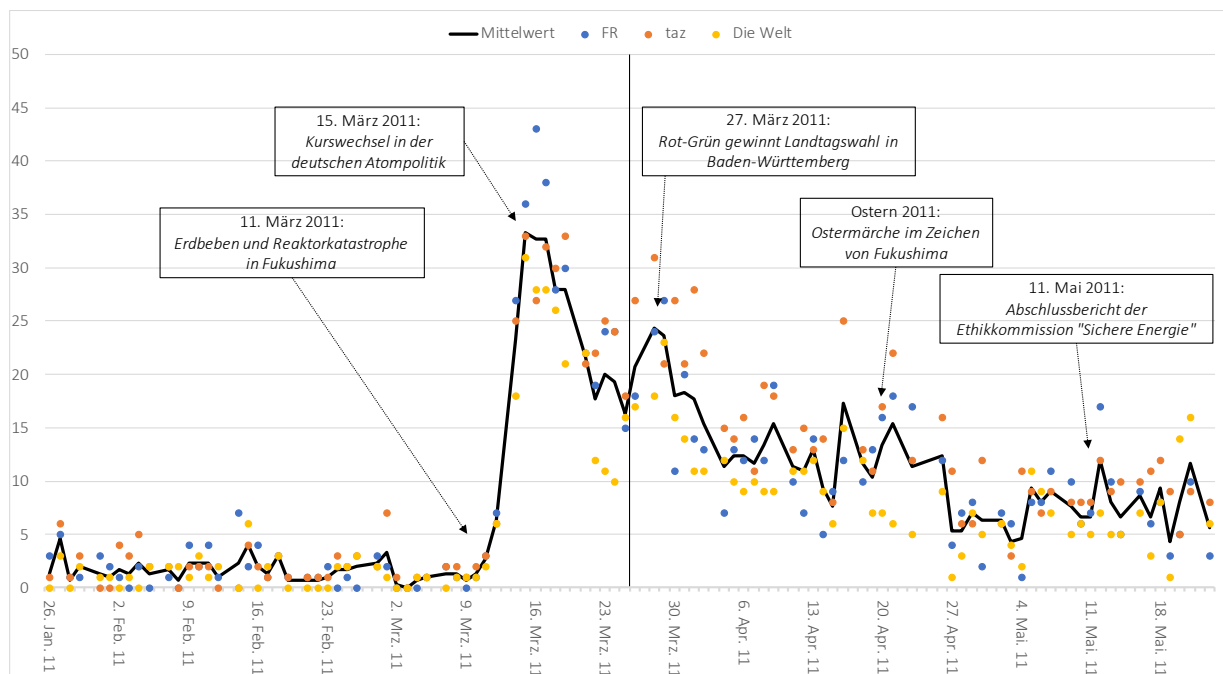


ABBILDUNG 7: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE DEMONSTRATION FÜR DEN AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT (26.3.2011)

Das Verhältnis von Themenkonjunktur und der Fukushima-Demonstration lässt sich am ehesten mit dem Idealtyp der medialen Überlagerung beschreiben - dies allerdings erst auf den zweiten Blick (Abbildung 7). Denn der starke Anstieg der medialen Aufmerksamkeit unmittelbar nach der Demonstration ist nicht etwa auf die Demonstration, sondern vielmehr auf die von Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg gewonnen Wahlen und den erfolgreichen Anti-Atomkraftwahlkampf von Bündnis 90 / Die Grünen zurückzuführen. Die Demonstration selbst hat keinen Einfluss auf die thematische Entwicklung, was wiederum durch das Verhältnis von demonstrationsbezogener Berichterstattung und der Berichterstattung zu dem Thema Atomkraft/Fukushima generell verdeutlicht wird: Nur 4,5 Prozent der Artikel in FR und taz haben einen unmittelbaren Bezug zur Demonstration. Dies ist der mit Abstand niedrigste Wert

¹⁰ Da die Großdemonstration am Freitagabend nach Redaktionsschluss stattfand, wurde darüber erst in den Montagsausgaben der Zeitungen berichtet.

beim Vergleich aller Demonstrationen (siehe Tabelle 3). Generell sind Berichte über die Demonstrationen nur in einem sehr begrenzten Rahmen präsent, und angesichts der hohen Aufmerksamkeit für das Thema Atomkraft erzielen die Proteste selbst keine erkennbare Wirkung auf die Entwicklung der Themenkonjunktur.

Das Zusammenspiel der Kundgebung der Pegida am 12. Januar 2015 und der damit verbundenen Themenkonjunktur ist ein Sonderfall. Das mit Pegida aufkommende Themenfeld ist komplexer und wird am besten durch die Selbstbezeichnung beschrieben. Das Akronym Pegida ist zu einer Chiffre für die Neuformierung antiliberaler, anti-elitistischer und völkischer Deutungsmuster geworden. Die in Abbildung 8 gezeigte Themenkonjunktur bezieht sich auf Artikel mit Verweisen auf das Phänomen Pegida als solches. In diesem Sinne haben alle Artikel einen Protestbezug. Dass es einer Serie von Demonstrationen gelang, gemessen an der Zahl der Artikel in einem Viermonatszeitraum eine größere mediale Aufmerksamkeit zu bündeln als so weit greifende Themen wie die Agenda 2010 oder die bereits sehr präsente Debatte über das Bahnprojekt Stuttgart 21, zeigt, dass Pegida auf mehreren Ebenen eine Grundsatzdebatte ausgelöst hat – nicht nur über Migrationspolitik und die Akzeptanz völkischer Argumentationen, sondern auch über die Krise der Repräsentation und die politische Kultur in der Bundesrepublik – wohl gemerkt schon vor dem verstärkten Zuzug von Geflüchteten im Sommer 2015.

Die untersuchte Demonstration markiert wie die anderen Montagsdemonstrationen einen Höhepunkt medialer Aufmerksamkeit. In diesem Sinne entspricht sie als Teil einer Protestserie, die die Entschlossenheit der Teilnehmenden unter Beweis stellen soll, dem Muster des Reminders. Die Entwicklung der Themenkonjunktur nach diesem Ereignis legt nahe, dass sich im Laufe der Zeit die Aufmerksamkeit von den tatsächlichen stattfindenden Demonstrationen löst und die internen Widersprüche von Pegida und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den durch die Demonstrationen aufgeworfenen Fragen an Gewicht gewinnen.

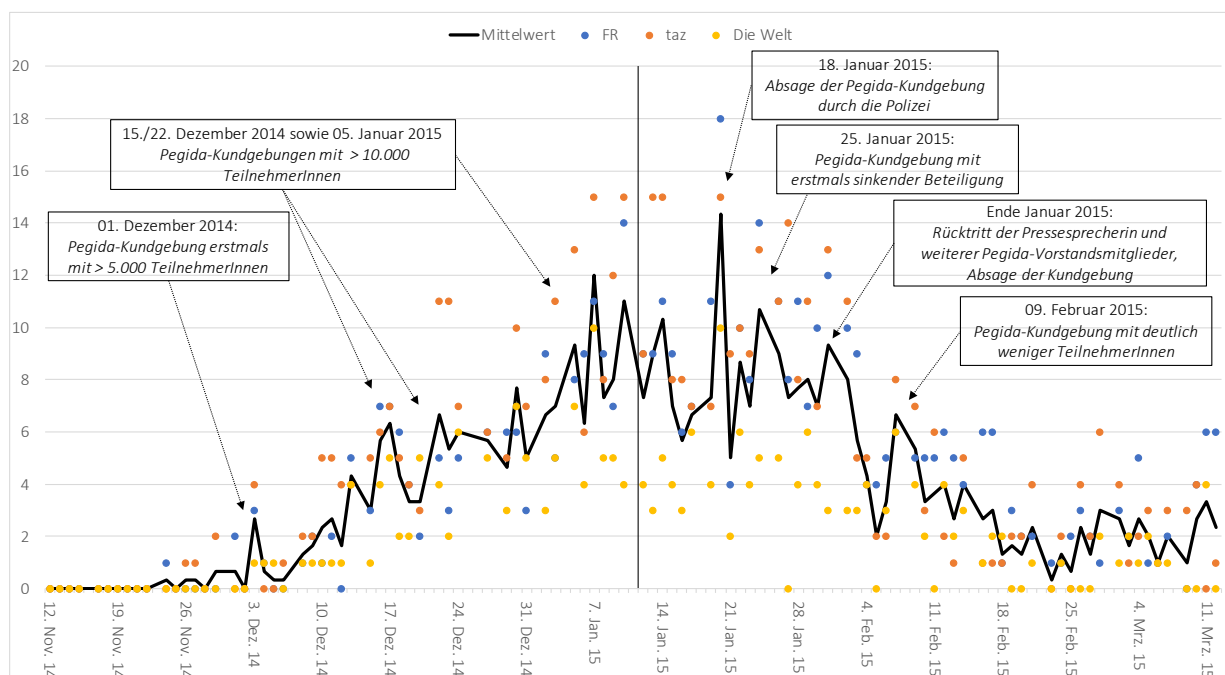


ABBILDUNG 8: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE PEGIDA-DEMONSTRATION (12.1.2015)

Die Themenkonjunktur rund um die Demonstration gegen TTIP/CETA am 10. Oktober 2015 weist mehrere Spezifika auf (Abbildung 9): Auffällig ist zunächst, dass sich die Aufmerksamkeit generell auf geringem Niveau bewegt. Darüber hinaus gibt es vor und nach der Großdemonstration keine Ereignisse,

die die Aufmerksamkeit für das Thema besonders verstärken. Einzig in den Tagen rund um die Großdemonstration und kurz danach steigt die mediale Aufmerksamkeit für die beiden Freihandelsabkommen stark an. Und in der Tat ist der Anteil von Berichten über den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen TTIP/CETA bereits im Vorfeld der Demonstration relativ hoch, wenngleich absolut gesehen auf niedrigem Niveau. In den fünf Publikationstagen um die Demonstration haben mehr als ein Drittel der Artikel in FR und taz einen direkten Bezug zum Protest (siehe Tabelle 3). Für die Großdemonstration gegen TTIP/CETA lässt sich folgern, dass angesichts der vergleichsweise geringen medialen Aufmerksamkeit für das Thema auch der darauf bezogenen Demonstration nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.¹¹ Allerdings scheint sich die Demonstration durchaus auf die Themenkonjunktur auszuwirken und somit für einen begrenzten Zeitraum die mediale Debatte um TTIP/CETA zu fördern. Das Niveau der Themenkonjunktur pendelt sich nach den Protesten auf etwas höherem Niveau ein als vor der Demonstration.

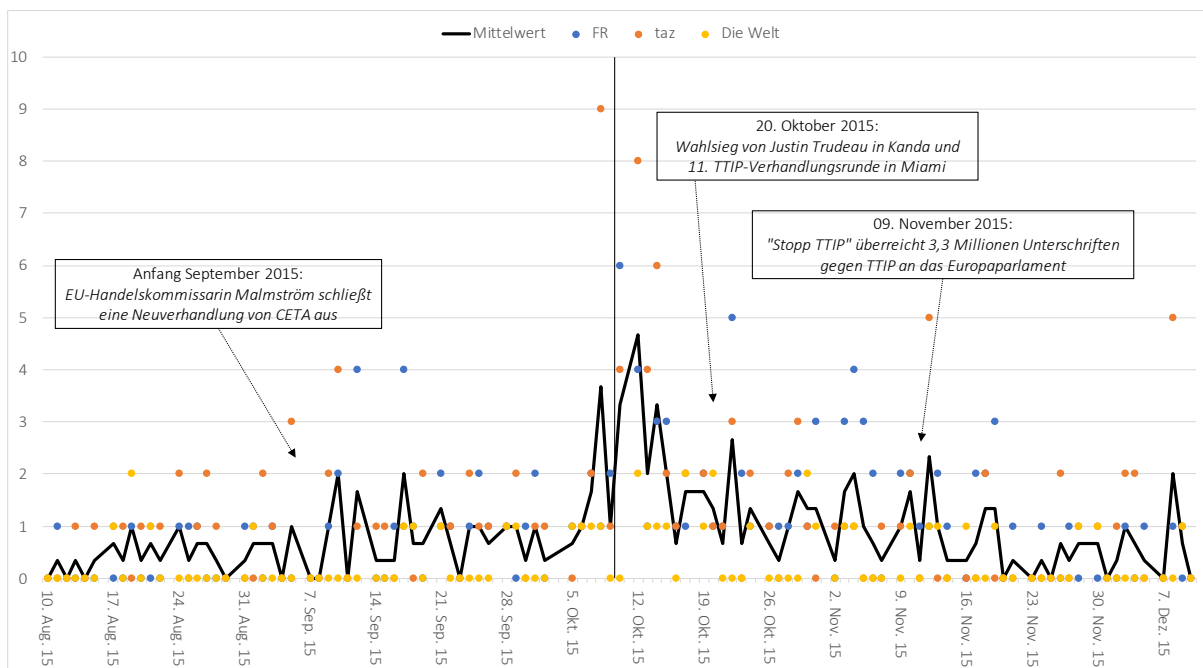


ABBILDUNG 9: MEDIALE THEMENKONJUNKTUR UM DIE DEMONSTRATION GEGEN TTIP/CETA (10.10.2015)

Titelseite oder Randnotiz? Umfang und Platzierung der Berichte

Um die öffentliche Aufmerksamkeit für eine Demonstration genauer zu bestimmen ist zu fragen, welchen Platz ein solcher Protest in der Berichterstattung einnimmt. Findet er sich auf der Titelseite der Zeitungen? Steht er am Beginn der Nachrichten in Fernsehen und Radio? Oder bleibt der Protest eine Randnotiz? Die mediale Aufmerksamkeit für die Demonstrationen wird im folgenden Abschnitt über Umfang und Platzierung in der Berichterstattung erfasst. Neben dem Vergleich der sieben hier untersuchten Demonstrationen werden auch Unterschiede zwischen den Medien in den Blick genommen. Der Umfang der Berichterstattung wird ermittelt über die Anzahl der Beiträge, deren Länge sowie den relativen Anteil der Protestbezüge je Artikel oder Beitrag.

Ruft man sich die oben in Tabelle 2 bereits vorgestellte Verteilung der aufgefundenen Beiträge in Erinnerung, so lag die Rostocker Demonstration gegen den G8-Gipfel hinsichtlich der Anzahl der Beiträge

¹¹ Die Berichterstattung zu den Stop TTIP | CETA-Protesten wurden unter anderem durch den Bombenanschlag auf eine Friedensdemonstration in Ankara überlagert.

weit an der Spitze. An zweiter Stelle folgten etwa gleichauf die Proteste gegen den Irakkrieg und Stuttgart 21, Pegida und die Agenda 2010-Proteste. Mit Abstand die geringste mediale Aufmerksamkeit erfuhr die Anti-Atomdemonstrationen und der Protest gegen TTIP und CETA.

Es zeigt sich auch, dass die Selektivität einiger Quellen größer ist als die anderer. In der Bild-Zeitung tauchen (nach unseren Selektionskriterien, siehe Abschnitt 2) zwei Demonstrationen (Pegida und Stop TTIP|CETA) gar nicht auf, und auch die wöchentlich erscheinenden Printmedien berichten nur von zwei (Focus), vier (Der Spiegel) bzw. sechs (Die Zeit) Demonstrationen. Diese finden zum Teil nur cursorische Berücksichtigung, z.B. indem ein Foto von der Demonstration einen thematisch einschlägigen Artikel bebildert, ohne dass im Text auf die Demonstration Bezug genommen wird.

TABELLE 4: RELATIVE AUFMERKSAMKEIT INNERHALB EINER QUELLE, GEMESSEN AM BERICHTSVOLUMEN (DURCHSCHNITT = 100)

	Irakkrieg	Agenda 2010	G8-Gipfel	Stuttgart 21	Fukushima	Pegida	TTIP CETA
FAZ	154,1	39,4	184,0	83,1	3,1	177,3	45,3
Bild	121,6	82,1	226,3	54,7	14,6		
SZ	121,9	104,1	177,5	157,4	27,7	41,3	35,4
FR	208,4	117,5	106,7	71,2	34,6	91,8	50,7
taz	123,9	88,1	201,5	95,9	48,8	50,6	48,5
Focus			134,6	65,5			
Spiegel			140,4	107,1	0,3	152,3	
Zeit	74,4	118,8	206,4		1,0	157,1	42,4
ARD	39,4	88,7	147,9	201,4	47,5	139,8	37,0
ZDF	34,4	60,0	210,5	165,4	36,2	162,1	30,8
DLF	89,4	179,7	225,8		44,7	25,1	36,4

Der Vergleich des Umfangs anhand von absoluten Zahlen, Beiträgen oder Wörtern/Sekunden ist wegen der unterschiedlichen Formate nicht zielführend. Um abzubilden, wieviel Raum eine Quelle den einzelnen Demonstrationen einräumt, wie groß also der relative Umfang der Berichterstattung ist, haben wir die unterschiedlichen Formate in ein vergleichbares Maß umgerechnet. In Tabelle 4 wird die Gesamtzahl der Wörter, beziehungsweise Sekunden, die eine Quelle einer Demonstration widmet, zu dem durchschnittlichen Umfang (=100) in Beziehung gesetzt. Wenn also der durchschnittliche Raum bei 100 Prozent liegt, markieren die errechneten Werte die Abweichung von diesem Durchschnitt.¹² Auf Grund der niedrigen Fallzahlen ist der Vergleich mit Focus und Spiegel nur bedingt möglich.¹³

Alle Tageszeitungen billigen der *Demonstration gegen den Irakkrieg* einen Raum zu, der deutlich über dem jeweiligen Durchschnitt liegt. Die FR übertrifft den eigenen Durchschnitt sogar um mehr als 100 Prozent. Die vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit für die Irakkriegs-Demonstration in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen geht auf die Auswahlkriterien der Studie zurück. In Radio und

¹² Interpretationshilfe: Das Volumen der Berichterstattung zur Demonstration gegen den Irakkrieg in der FAZ entspricht 154,1 Prozent des Volumens, das bei Gleichverteilung zu erwarten wäre. Die Werte werden entlang der Zeilen interpretiert.

¹³ Einschränkend muss auch hinzugefügt werden, dass wir eine Verzerrung durch sich verändernde Formate der Quellen im Untersuchungszeitraum nicht abbilden können, weil der ermittelte Gesamtumfang auf den für unsere Analyse identifizierten Beiträgen beruht. Wenn also z.B. der Umfang einer Tageszeitung über die Jahre abnimmt, erscheinen die frühen Proteste relativ größer. Auch eine mögliche Arbeitsteilung mit den spätestens ab den Heiligendamm-Protesten relevanten Onlineredaktionen können wir nicht berücksichtigen.

Fernsehen wurden Demonstrationen an anderen Orten von Korrespondent_innen mit eigenen Beiträgen abgedeckt. Diese fielen aus der Auswahl heraus, sofern der Protest in Deutschland keine Erwähnung fand. In Printmedien wurden die Proteste außerhalb Deutschlands in der Regel nicht mit eigenen Artikeln bedacht.

Beim Vergleich der Berichterstattung über die *Demonstrationen gegen die Agenda 2010* ist insbesondere der sehr niedrige Wert für die FAZ (39,4%) bemerkenswert, zumal das Thema der Reformen schon zuvor breit diskutiert wurde (siehe oben). Eine mögliche Erklärung ist die marktliberale Orientierung der Redaktion und die daraus folgende Unterstützung der Sozialmarktreformen, die zudem im Prinzip auch von den Oppositionsparteien befürwortet wurden. Die Bild-Zeitung widmet den – nach den Kriterien des Boulevardjournalismus wenig spektakulären – Sozialprotesten relativ viel Raum. Unter den Tageszeitungen widmet die gewerkschaftlichen Positionen zugewandte FR dem Protest den größten Raum.

Noch eindeutiger als bei der Demonstration gegen den Irakkrieg liegt das Volumen der Berichterstattung über die *Demonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm* über dem Mittel. Es ist die einzige Demonstration, die in allen Quellen berichtet wird. Neben der taz (201,5%), der Zeit (206,4%) sowie heute-journal (210,5%) und Informationen am Abend (225,8%) sticht vor allem die Bild-Zeitung mit mehr als 225% mit einer überdurchschnittlich umfangreichen Berichterstattung heraus.

Unterhalb des Radars der Bild-Zeitung verläuft dagegen die *Demonstration gegen Stuttgart 21*, für die das Blatt nur etwas über der Hälfte des durchschnittlichen Volumens vorsieht. Relativ viel Bedeutung wird dieser Demonstration dagegen von SZ (157,4%) sowie von heute-journal (201,4%) und Tagesthemmen (165,4%) beigemessen.

Das Volumen der Berichterstattung zur *Fukushima-Demonstration* erreicht für kein einziges Medium 50 Prozent des Mittelwerts. Lediglich die taz und zum Teil die öffentlich-rechtlichen Medien kommen dieser Größenordnung ansatzweise nahe. Keine oder kaum Berücksichtigung findet die Demonstration in der Bild-Zeitung, der FAZ und in den Wochenzeitungen.

Bei der Berichterstattung zur *Pegida-Demonstration* fällt insbesondere der extreme Unterschied zwischen den beiden Tageszeitungen auf, die dem politisch konservativen Lager zugerechnet werden. Während das Volumen der FAZ mit mehr als 175% weit über dem eigenen Durchschnitt liegt, gibt es bei der Bild-Zeitung nicht einen Artikel, der nach unseren Sampling-Regeln zu berücksichtigen wäre. Auch zwischen den übrigen Medien bestehen große Unterschiede. SZ und Informationen am Abend berichten eher zurückhaltend, während der Spiegel, Die Zeit und die untersuchten Fernsehnachrichtensendungen dem Protest relativ gesehen viel Raum geben.

Die geringste relative Aufmerksamkeit bekommt die *Stop TTIP/CETA-Demonstration*. Nur FR, FAZ und taz erreichen annähernd 50% des mittleren Volumens. In drei Quellen (Bild-Zeitung, Focus, Der Spiegel) wird der Protest überhaupt nicht erwähnt.

Neben der durchschnittlichen Anzahl von Artikeln und Wörtern, ist zu fragen, welcher Raum den Demonstrationen in den Beiträgen eingeräumt wird. Von der Erwähnung des Protestes im Kontext der Auseinandersetzung von Regierung und Opposition bis zur ausschließlichen Beschäftigung mit dem Protest und seinen Implikationen sind verschiedene Abstufungen vorstellbar. Um diese Frage zu klären, waren die Kodierer_innen aufgefordert, den Anteil des Protestes im Bericht auf einer sechsstufigen Skala zu überschlagen.



ABBILDUNG 10: DURCHSCHNITTLICHER DEMONSTRATIONSRAUM IN PROZENT (N=321)



ABBILDUNG 11: POSITIONIERUNG AUF DER TITELSEITE ODER ALS AUFMACHER, ANGABEN IN PROZENT (N=369)

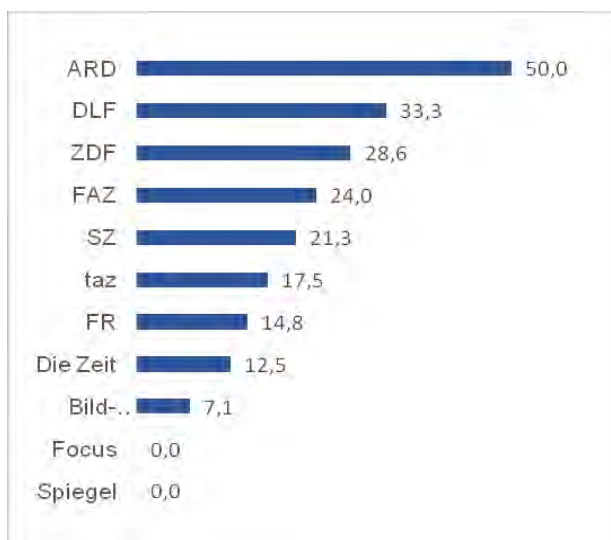


ABBILDUNG 12: POSITIONIERUNG AUF DER TITELSEITE ODER ALS AUFMACHER, IN PROZENT (N=369)

Abbildung 10 vergleicht den hier als Demonstrationsraum bezeichneten Anteil des Protestes in den Beiträgen. Dabei zeigt sich, dass gerade die Demonstrationen, die durch ein geringes Volumen in der Berichterstattung aufgefallen sind, wie die Fukushima-Demonstration und die Stop TTIP|CETA-Demonstration, vergleichsweise hohe Werte von 76 bzw. 61,5 Prozent aufweisen. Die Berichterstattung über die Pegida-Demonstration ist deutlich weniger auf die Demonstration als solche fokussiert. Diese wird vielmehr als Beleg gesellschaftlicher Veränderungsprozesse mit angeführt; der eigentliche Fokus liegt meist auf anderen Themen wie zum Beispiel den politischen Reaktionen auf das Phänomen Pegida.

Ein weiteres Kriterium für die Beurteilung der medialen Aufmerksamkeit von Protest ist die Platzierung der Artikel (Andrews und Caren 2010, S. 843). Gerade eine Platzierung als Aufmacher in den Nachrichten hat eine unmittelbare Wirkung auf die Wahrnehmung der Leser_innen, Hörer_innen und Zuschauer_innen. Abbildung 11 und Abbildung 12 vergleichen den Anteil der Beiträge, die auf der Titelseite oder als erster Beitrag erschienen sind, für die einzelnen Demonstrationen bzw. Medien.

Mit einem Anteil zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Beiträge ist der Großteil der Demonstrationen prominent platziert. Der Pegida-Protest und die Demonstration gegen TTIP/CETA erreichen gut die Hälfte dieser Werte. Die Tendenz, dass gerade die TTIP/CETA-Demonstration relativ wenig Aufmerksamkeit bündeln konnte, wird hier erneut bestätigt.

Wiederum ist der Vergleich der Medien weniger eindeutig zu interpretieren als der der Proteste. Am prominentesten berichten die Tagesthemen über die sieben Demonstrationen. Die Hälfte der Beiträge sind Aufmacher. Hier dürfte vor allem die Attraktivität der Bilder von Menschenmassen und kreativen Protestformen für das TV-Format eine Rolle spielen, auch wenn der deutlich geringere

gere Wert für das heute Journal damit nicht erklärt werden kann. Der Vergleich der Wochenzeitungen ist auf Grund der unterschiedlichen Formate kaum möglich. Interessant ist aber, dass die Bild-Zeitung kaum auf ihrer Titelseite auf Demonstrationen verweist. Damit bestätigt sich der Eindruck eines vergleichsweise demonstrationsfernen Mediums. Erstaunlich dagegen ist, dass die FAZ vor den sonst so protestaffinen taz und FR liegt. Allerdings ist auch hier das unterschiedliche Format zu berücksichtigen; gerade die FAZ druckt deutlich mehr Text auf ihrer Titelseite als taz oder FR.

Zwischenfazit

Der Blick auf die Demonstrationen im größeren Kontext medialer Themenkonjunkturen hat gezeigt, dass bis auf die Fukushima-Demonstration alle übrigen Demonstrationen einen klar erkennbaren Einfluss auf den Verlauf der medialen Aufmerksamkeit haben. Diese verstärkte Aufmerksamkeit scheint sich für den Großteil der Demonstrationen auf den kurzen, unmittelbaren Zeitraum um den Tag der Demonstration zu beschränken. Dass es mit einer Demonstration gelingt, ein Thema auf die Agenda zu setzen, lässt sich kaum erkennen. Am nächsten kommen diesem Idealtyp (Trigger) die Fälle TTIP/CETA und Stuttgart 21.

Die zeitliche Nähe und Anbindung an andere Ereignisse im Sinne diskursiver Gelegenheiten birgt ein Potential verstärkter Aufmerksamkeit und gleichzeitig die Gefahr der medialen Überlagerung. Die zeitliche Nähe der Fukushima-Demonstration zu den Wahlen in Baden-Württemberg ist dafür ein Beispiel. Die mediale Aufmerksamkeit für eine Demonstration ist in vielen Fällen nicht losgelöst von der Aufmerksamkeit für andere, zeitlich nahe Proteste und Demonstrationen zu betrachten. In diesen Fällen ist eine umfassendere Perspektive auf den generellen Einfluss von Protestaktivitäten auf die Entwicklung von Themenkonjunkturen angezeigt.

Die mediale Aufmerksamkeit unterscheidet sich deutlich sowohl im Vergleich der Demonstrationen als auch der Medien. Bei den Demonstrationen ergibt sich eine relativ klare Differenz zwischen einer Gruppe medial stark berücksichtigter Demonstrationen (G8-Proteste und – abgeschwächt – Demonstration gegen den Irakkrieg) und einer medial schwach vertretenen Gruppe (Fukushima- und Stop TTIP|CETA-Demonstration). Dazwischen stehen die übrigen Fälle.

Noch deutlicher sind die Unterschiede zwischen den Medien. Bei den Printmedien verläuft die Trennlinie zwischen konservativen Zeitungen und der liberalen Presse. In der Kombination von Artikeln und Wörterzahl ergibt sich ein mehr als 3,5-mal größeres Volumen der Berichterstattung in den liberalen Zeitungen. So publizieren zum Beispiel taz und FR nicht nur deutlich mehr Artikel über die hier untersuchten Großdemonstrationen als FAZ und Bild-Zeitung auf der anderen Seite des Spektrums; der Vergleich der Streuungsmaße für die Berechnung der Abweichung vom durchschnittlichen Volumen in Tabelle 4 deutet zudem darauf hin, dass taz und FR mit gleichbleibender Aufmerksamkeit über große Protestereignisse berichten (Standardabweichung 55,5 bzw. 57,2), während FAZ und Bild-Zeitung selektiv über einige Demonstrationen berichten und andere fast komplett ignorieren (Standardabweichung: 73,8 bzw. 82,0). Liberale Printmedien wie auch öffentlich-rechtliche Sender billigen Protesten mehr Bedeutung zu, zeichnen sich also durch eine größere Nähe zum Protestgeschehen aus.

4. Sprecher_innen, Themen und Bewertungen: Welches Bild wird von den Protesten gezeichnet?

Beim Schreiben oder Schneiden eines Beitrages haben Journalist_innen einen großen Spielraum in der Darstellung eines Protestes. Auch jenseits des explizit einordnenden und wertenden Genres des Kommentars entsteht in der Berichterstattung ein Bild von Protest, das sich von Beitrag zu Beitrag und von Medium zu Medium stark unterscheiden kann. Die berichtenden Journalist_innen treffen Entscheidungen, die das bei Leser_innen, Zuschauer_innen und Hörer_innen entstehende Bild prägen: Wer sind die relevanten Stimmen, die zur Charakterisierung der Demonstration zu Wort kommen? Welche Informationen gibt es über die Hintergründe des Protestes, über die Motive, die die Teilnehmenden antreiben? Welche expliziten und impliziten Bewertungen prägen die Berichte? Zu all diesen Fragen geben Journalist_innen in ihrem Arbeitsalltag sehr unterschiedliche Antworten.

Wer kommt in den Berichten über Proteste zu Wort?

In einem Beitrag zitiert zu werden, bedeutet, die eigene Sicht der Dinge darstellen zu können. Zitate können aber auch selektiv wiedergegeben oder durch Kommentierung in Frage gestellt werden. Aber in der Regel steht die Einbindung von Zitaten in direkter oder indirekter Rede für die Abbildung einer bestimmten Position. Jürg Häusermann (2017) hat allerdings am Beispiel der Hörfunksendungen darauf hingewiesen, dass wir es in der Nachrichtenproduktion mit einem komplexeren Kommunikationsprozess zu tun haben. Anders als in der klassischen Rhetorik gibt es nicht eine sprechende Person, die die Bühne beherrscht und gestaltet. Journalist_innen bezeichnet Häusermann als Kommunikator_innen, die wiederum Akteure zu den Rezipient_innen sprechen lassen. Dabei sind auch diejenigen, die den Produktionsprozess gestalten, durch Absprachen mit der Redaktion, durch Erfahrungen mit anderen Beteiligten und Erwartungen an diese gebunden.

Welche Akteure kommen in den Beiträgen zu Demonstrationen zu Wort? In der Kodierung konnten bis zu fünf Sprecher_innen je Beitrag nach ihrer Funktion erfasst werden. Insgesamt wurden so 834 Akteure identifiziert. Zieht man die Autor_innen von Leserbriefen ab, die über die Medien sehr ungleich verteilt sind, bleiben 796 Akteure. Deren Auftreten wird in den folgenden Absätzen nach Medientyp und Demonstration analysiert.

Vergleicht man über alle Demonstrationen hinweg, welche Sprecher_innen in welchem Medium zu Wort kommen, so zeigt sich vor allem eine Ungleichgewichtung der Demonstrierenden selbst (siehe Abbildung 13). Sie werden in den Beiträgen der öffentlich-rechtlichen Medien am stärksten berücksichtigt. Etwa die Hälfte der hier wiedergegebenen Stimmen sind Teilnehmende und Organisator_innen der Proteste. Dieses Ergebnis ist vor allem mit der atmosphärischen Rolle des O-Tons in Radio- und Fernsehberichten zu erklären. Demonstrierende zu interviewen, sie zum Protest zu begleiten oder Ausschnitte der Reden einzubinden, sind hier naheliegende Routinen. Hinzu kommt im Printbereich eine größere Vielfalt an journalistischen Formen, die nicht alle gleichermaßen eine Berücksichtigung von Zitaten erlauben. Aber auch in den Printquellen unterscheidet sich das Gewicht der Protestierenden deutlich. Während sie in liberalen Medien mehr als ein Drittel der Zitate stellen, beträgt ihr Anteil in konservativen Medien nur ein Fünftel. Auffällig ist zudem die unterschiedliche Rolle von Journalist_innen in der Berichterstattung. In liberalen Printmedien machen sie ein Fünftel der Sprechenden aus. In den anderen Medien ist ihr Anteil deutlich geringer.

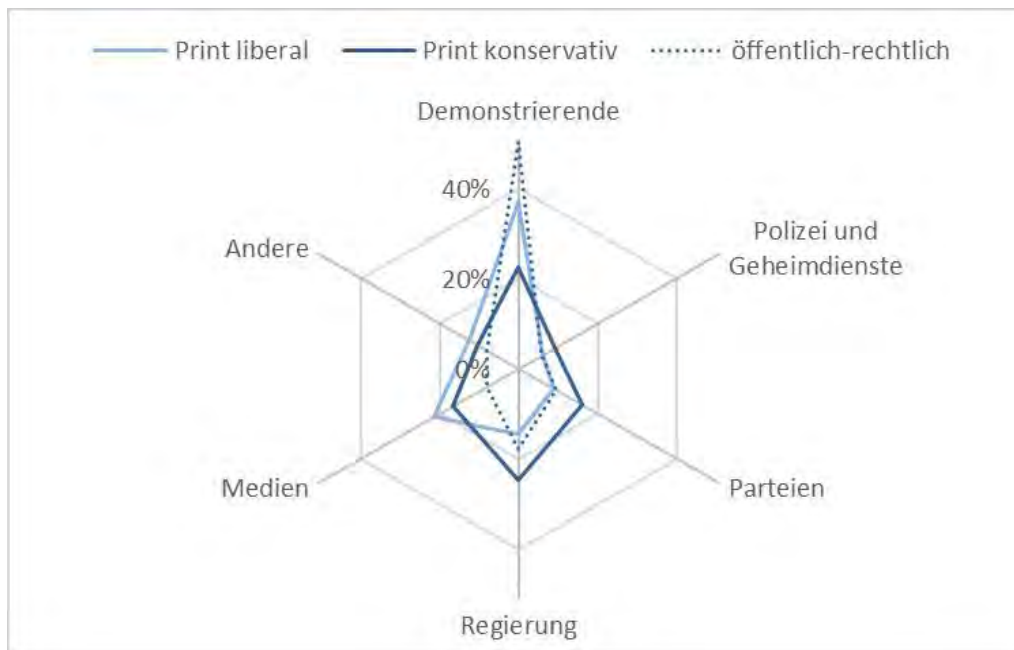


ABBILDUNG 13: GEWICHT VERSCHIEDENER SPRECHER_INNEN (N=796)

Betrachtet man die Verteilung der Akteure mit Bezug auf einzelne Demonstrationen, so zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede. Zur Illustration sind in Abbildung 14 drei Demonstrationen ausgewählt, bei denen die Zusammensetzung der Akteure besonders stark kontrastiert. Die kaum von Konflikten oder Widerspruch geprägte *Anti-Atomdemonstration nach der Katastrophe von Fukushima* zeigt den höchsten Anteil von Demonstrierenden als Sprecher_innen: Drei Viertel aller Stimmen zur Demonstration kamen von den Menschen auf der Straße selbst. Die einzige andere relevante Gruppe sind in diesem Fall Vertreter_innen von Parteien, die die politische Auseinandersetzung um die Konsequenzen für die deutsche Energiepolitik abbilden.

Deutlich anders ist das Bild für die *Demonstration gegen den G8-Gipfel*. Die Demonstrierenden haben hier immer noch eine starke Stimme. Dass Polizei und Geheimdienste fast ein Fünftel aller Akteure stellen, verweist – wie auch ein fast ebenso großer Anteil von Regierungsvertreter_innen – auf die zentrale Rolle der Auseinandersetzungen zwischen einem Teil der Demonstrierenden und der Polizei in der Berichterstattung. Dass in diesem Fall auch Journalist_innen häufiger die Grenzen von legitimem Protest kommentieren, zeigt sich an dem gegenüber der Fukushima-Demonstration deutlich stärkeren Anteil dieser Akteursgruppe. Dass Vertreter_innen der Regierung beim Fukushima-Protest nicht gehört werden, verweist auch darauf, dass der Protest weniger als Herausforderung der schwarz-gelben Regierung dargestellt wird, sondern eher als Ausdruck der Betroffenheit angesichts der Verwüstungen durch die Atomkatastrophe.

Die Berichterstattung zur *Demonstration von Pegida* weist die größte Heterogenität in der Zusammensetzung der Akteure auf. Die am stärksten vertretene Gruppe sind Journalist_innen, die, als „Lügenpresse“ von Demonstrierenden angegriffen, selbst Partei im Konflikt werden. Fast ein Drittel der direkten und indirekten Rede sind als journalistische Wortmeldungen eingeordnet; das gilt insbesondere für liberale Printmedien. Die Kontroverse um die bei Pegida vertretenen Inhalte spiegelt sich auch in der Gruppe der Gegendemonstrierenden, die immerhin zu einem Zehntel Berücksichtigung finden.

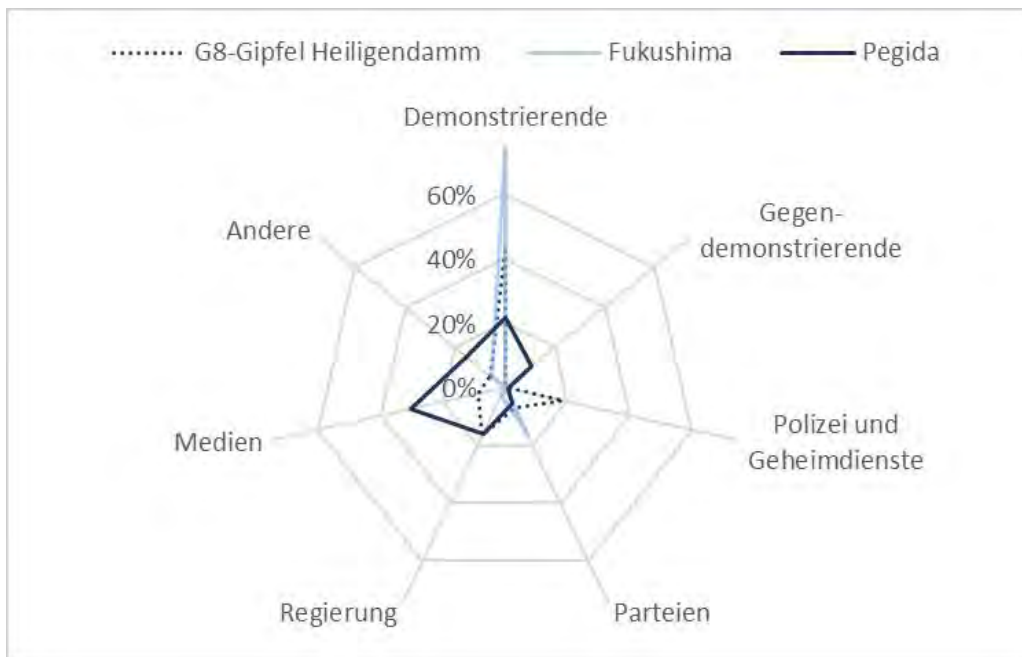


ABBILDUNG 14: GEWICHT VON SPRECHER_INNEN FÜR AUSGEWÄHLTE DEMONSTRATIONEN (N=362)

Welchen Raum nehmen Themen und Motive des Protests ein?

Dass in der Berichterstattung über Proteste die Auseinandersetzung mit den Motiven und Argumenten der Protestierenden sehr stark variiert, ist eine in der Forschung wiederkehrende Erkenntnis (Blickhan und Teune 2003). Inwieweit diese Aspekte wiedergegeben und diskutiert werden, wurde in der Analyse auf mehreren Ebenen erfasst. Zum einen schätzten die Kodierer_innen den Raum ein, der den Motiven der Protestierenden in einem Beitrag eingeräumt wurde. Die Einschätzung auf einer sechsstufigen Skala¹⁴ ergab sich als Überschlagswert für den Anteil an Aussagen, Argumenten und Intentionen der Demonstrierenden am Gesamtumfang des Beitrags. Darüber hinaus wurde in der Kodierung erfasst, welche inhaltlichen Schwerpunkte für die Berichte über Demonstrationen gewählt wurden. Typischerweise werden in einem Beitrag unterschiedliche Aspekte thematisiert – vom Ablauf der Demonstration über die Forderungen der Demonstrierenden bis zu Reaktionen von Polizei oder Regierung. Für jeden Beitrag waren die Kodierer_innen trotzdem angehalten, das Hauptaugenmerk des Artikels zu erfassen, also ein Thema, das im Vordergrund steht. In Printartikeln wird der Schwerpunkt eines Berichtes häufig durch Überschriften und Lead vorweggenommen. Im Rundfunk können sich entsprechende Hinweise in der Anmoderation finden. Die feingliedrige Aufschlüsselung der Schwerpunktthemen wurde für diesen Bericht in vier Kategorien kondensiert: Hintergründe und Argumente, Ablauf der Demonstration mit der Unterkategorie Konflikte während der Demonstration und Interaktionen mit der Polizei und schließlich eine Sammelkategorie für Schwerpunkte, die nicht in dieser Dreiteilung aufgehen.

Für Demonstrierende und die aufrufenden Organisationen ist die Frage nach der inhaltlichen Sättigung der Berichterstattung zentral. Gelingt es, die Kritikpunkte für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar zu machen und darüber hinaus eine politische Diskussion anzustoßen? Um diese Frage zu beantworten, blicken wir zunächst auf die Präsenz von Protestmotiven in der Berichterstattung (Abbildung 15), um dann zu beleuchten, welchen Themen jeweils Raum gegeben wird.

¹⁴ 0 „keine Protestmotive“, 1 „bis 20 Prozent“, 2 „bis 40 Prozent“, 3 „bis 60 Prozent“, 4 „bis 80 Prozent“, 5 „bis 100 Prozent“

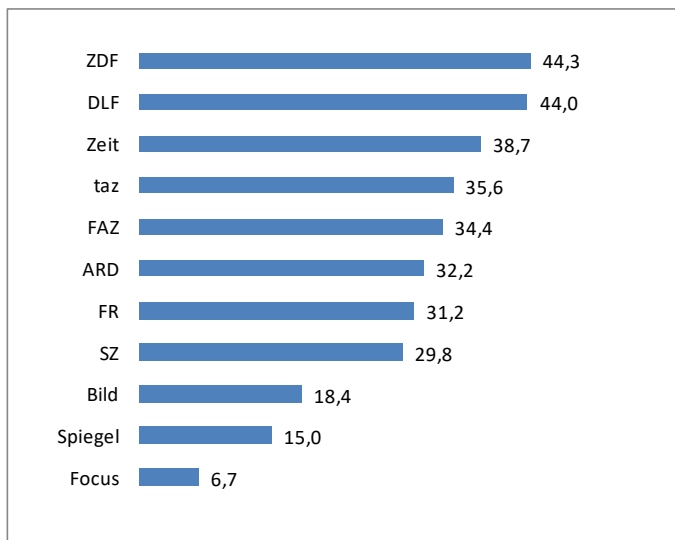


ABBILDUNG 15: PROZENTANTEIL VON INFORMATIONEN ÜBER PROTEST-MOTIVE IN DEN QUELLEN (N=321)

Über alle Demonstrationen hinweg lässt ein Vergleich der untersuchten Quellen deutliche Unterschiede erkennen, die offensichtlich weder mit der redaktionellen Linie noch mit der Produktionslogik des Mediums erklärbar sind. Die stärkste Berücksichtigung finden Protestmotive im heute journal und in den Informationen am Abend des DLF. Auch die FAZ setzt sich intensiver damit auseinander, welche Gründe die Menschen auf die Straße bringen. Dass der Wert der Bild-Zeitung deutlich unter dem der anderen tagesaktuellen Printmedien liegt, ist auf den Boulevardstil und die politisch-kulturelle

Distanz zu einer „Politik von unten“ zurückzuführen. Dort wird in der Tendenz ein Zerrbild des Protestes sichtbar, das z.B. militante Proteste überbelichtet. Ähnliches gilt für den Focus, der seinen Leser_innen mit Abstand die spärlichsten Informationen zu der Frage bietet, warum der beschriebene Protest stattfindet. Dass der Spiegel mit dem Anspruch, die Hintergründe gesellschaftlicher Entwicklungen zu erklären, mit Bild-Zeitung und Focus am unteren Ende der Skala steht, war in dieser Form nicht zu erwarten.

Welchen Anteil machen Protestmotive in den Berichten zu einzelnen Demonstrationen aus? Und in welchem Verhältnis stehen diese Motive zum Umfang der Berichterstattung? Um diese Fragen zu beantworten, sind die entsprechenden Werte in Abbildung 16 abgetragen. Die x-Achse weist den durchschnittlichen prozentualen Anteil von Protestmotiven am Gesamtumfang des Berichts aus. Auf der y-Achse ist der in Tabelle 4 eingeführte Wert für das Verhältnis zum durchschnittlich ermittelten Umfang der Berichterstattung (dieser Wert entspricht 100) markiert. Die einzelnen Markierungen zeigen die Durchschnittswerte für einzelne Quellen an. Mit dieser Darstellung werden Unterschiede zwischen den Demonstrationen, wie auch zwischen den untersuchten Medien sichtbar.

Bei der *Demonstration gegen TTIP / CETA* bleibt der Umfang der Berichterstattung in allen Quellen weit unterdurchschnittlich. Nur die FR liegt knapp über 50 Prozent; alle anderen Medien liegen darunter. Gleichzeitig hat keine andere Demonstration so hohe Werte in der Abbildung von Forderungen und Motiven (im Schnitt 67,5 %). Bis auf die SZ, bei der der entsprechende Wert geringer ausfällt, räumen alle Quellen den Anliegen der Protestierenden in diesem Fall breiten Raum ein – mehr als bei allen anderen Demonstrationen. Die *Fukushima-Demonstration* kommt auf ähnlich niedrige Werte für den Umfang der Berichterstattung. Sie schneidet aber bei der Abbildung von Protestmotiven schlechter ab als die TTIP/CETA-Demonstration. Lediglich in den ‚Informationen am Abend‘ wird der Motivation der Demonstrierenden mehr Raum zugestanden.

Konträr zu diesen beiden Demonstrationen liegt die Berichterstattung über den *Protest gegen den G8-Gipfel* in Rostock. Zwar zieht der Protest mit Abstand die größte Aufmerksamkeit auf sich: alle Quellen berichten überdurchschnittlich ausführlich vom Protest. Allerdings ist die inhaltliche Auseinandersetzung bescheiden (Anteil von Protestmotiven insgesamt: 16,9 %). Angesichts der Konfrontationen auf der Demonstration ist für andere Aspekte kaum Platz (siehe auch Abbildung 17

weiter unten). In der Hälfte der untersuchten Quellen beschränken sich Informationen über die Motivation der Protestierenden auf ein Zehntel oder weniger des verfügbaren Raumes. In drei Quellen (Bild-Zeitung, Focus und der Spiegel) ist nichts oder kaum etwas darüber zu erfahren. Nur Die Zeit hebt sich von diesem Gesamtbild ab. Hier ist eine große Aufmerksamkeit gepart mit einem großen Anteil an Informationen über die Argumente und Forderungen der Gipfelgegner_innen.

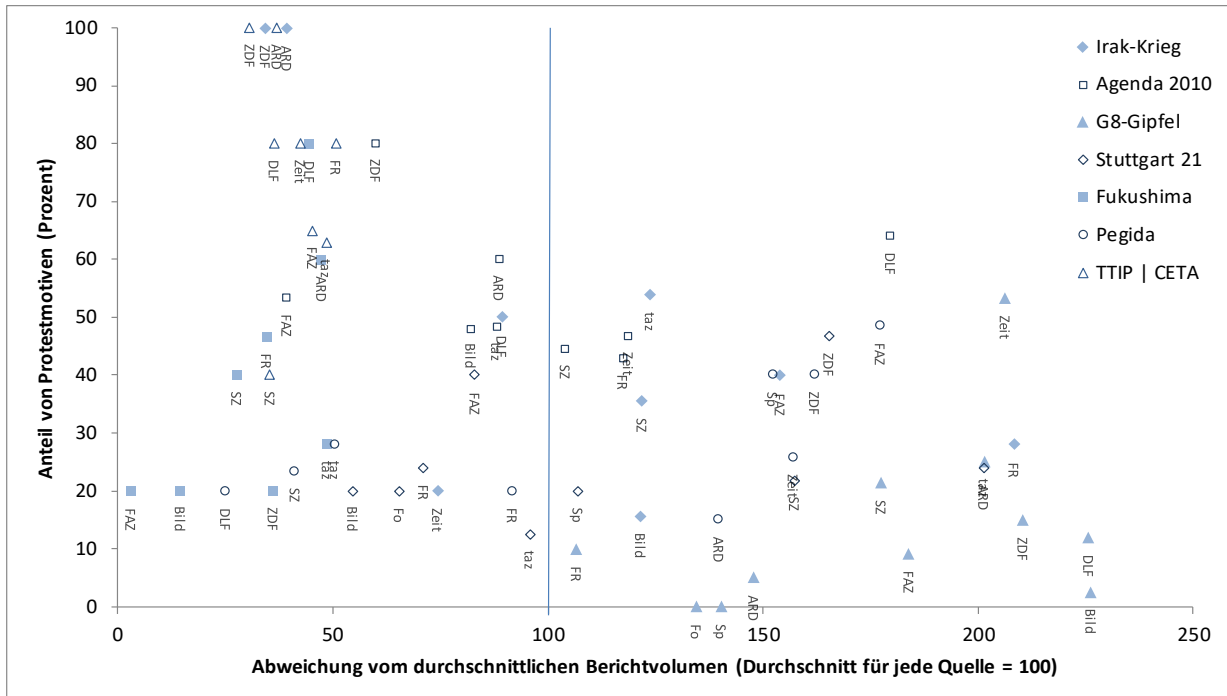


ABBILDUNG 16: RELATIVER ANTEIL VON PROTESTMOTIVEN UND UMFANG DER BERICHTE

Größere Unterschiede zwischen den Quellen in Bezug auf Umfang und Motivanteil finden sich bei der *Demonstration gegen die Agenda 2010*. Dieses Ereignis hat nach dem TTIP | CETA-Protest den höchsten Wert für die Motive (49,8 %). Dabei räumen die Redaktionen den Demonstrationen gegen Sozialabbau unterschiedlich großen Raum ein (in der FAZ 39,4 % und in den Informationen am Abend 179,7 % der durchschnittlichen Protestberichterstattung). Ähnliche Verteilungen ergeben sich bei den *Demonstrationen gegen Stuttgart 21* und von *Pegida*. In beiden Fällen liegt die durchschnittliche Berücksichtigung von Protestmotiven im unteren Drittel (Stuttgart 21: 24 %, Pegida: 28,8 %). Der Umfang der Berichte streut in beiden Fällen breit.

Die Frage nach dem Raum, der den Argumenten und den Hintergründen für einen Protest gewährt wird, lässt sich noch zugespitzter stellen: Wie groß ist der Anteil der Beiträge, deren Hauptaugenmerk auf diesen Fragen liegt? Es liegt nahe, dass in der Berichterstattung mehrere Themen in einem Beitrag berührt werden: Wie lief die Demonstration ab? Worum geht es den Menschen auf der Straße? Wie sahen die Reaktionen von Regierenden und Polizei aus? In der Kodierung wurde für jeden Beitrag der Schwerpunkt der Berichterstattung erfasst, also das Thema, das im Bericht den größten Raum einnimmt. Aus der umfassenderen Kodierung sind die Themen in der folgenden Darstellung auf drei Aspekte reduziert: Hintergründe und Argumente, der Ablauf der Demonstration, und diesem Punkt untergeordnet, Konflikte auf der Demonstration bzw. Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dazu kommt eine Restkategorie, die in keiner der genannten aufging.

In Abbildung 17 ist die Verteilung für die einzelnen Demonstrationen aufgeführt. Der Anteil der Beiträge, die sich vor allem den mit der Demonstration verbundenen Hintergründen und Argumenten widmen,

schwankt auffällig. Eine inhaltliche Auseinandersetzung wird vor allem für die Proteste gegen TTIP/CETA sowie die Agenda 2010 sichtbar. Aber auch bei der Friedensdemonstration und dem Pegida-Protest nimmt die Auseinandersetzung mit den Hintergründen des Protestes mit etwa einem Drittel der Berichterstattung viel Raum ein. Absehbar geringer fällt der Wert für jene Demonstrationen aus, bei denen es zu Konfrontationen mit der Polizei kam. Beim Stuttgarter Protest beträgt dieser Anteil noch knapp ein Viertel; die Gegner_innen des G8-Gipfels werden in weniger als zehn Prozent der Berichterstattung mit den Gründen und Hintergründen ihres Protestes berücksichtigt. Bei diesen Protesten wird viel Raum für die Beschreibung des konkreten Ablaufs verwendet. Ebenso wird dokumentiert, welche Reaktionen auf Gewalt folgen.

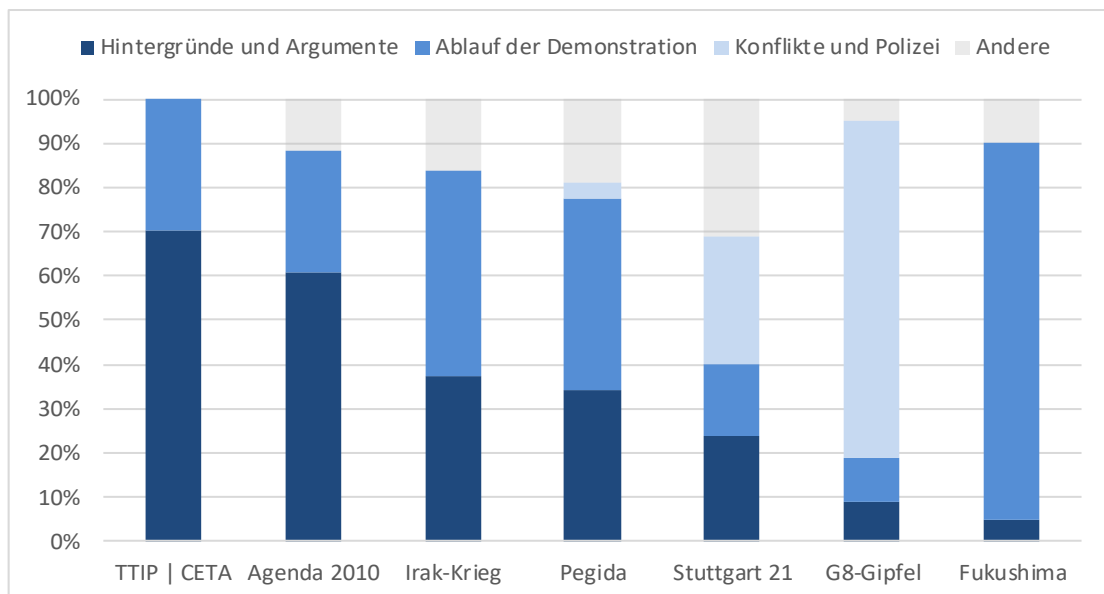


ABBILDUNG 17: HAUPTAUGENMERK DER BERICHTE, NACH DEMONSTRATION (N=369)

Sind die bisher dargestellten Ergebnisse zur medialen Präsenz von Motiven und Gründen des Protestes meist erwartbar und stehen weitgehend im Einklang mit früheren Forschungsbefunden, so erstaunt der niedrige Anteil von substanziellen Beiträgen zum Verständnis der Hintergründe der Fukushima-Demonstration. Der weitaus größte Anteil der Berichterstattung verbleibt an der Oberfläche und beschreibt schwerpunktmäßig den Ablauf der Demonstration. Dass dies nicht nur mit dem geringen Umfang der Berichterstattung zu tun hat, zeigt ein anderer Protest. Die Demonstration gegen TTIP und CETA wurde mit ähnlich geringer Aufmerksamkeit bedacht. Allerdings nahmen die berichtenden Journalist_innen diese Demonstration sehr wohl zum Anlass, grundsätzlich Sinn und Unsinn der Freihandelsabkommen zu diskutieren. Dieser Unterschied ist unter Umständen mit der Position der Demonstrationen innerhalb der jeweiligen Themenkonjunktur erklärbar. Während die Demonstration gegen TTIP/CETA die Probleme der Abkommen erst aufgebracht haben, ist der Diskussionsbedarf zum Atomausstieg zum Zeitpunkt der Fukushima-Demonstration offensichtlich erschöpft.

Die Auseinandersetzung mit dem Protest lässt sich auch daran ablesen, inwiefern Journalist_innen den Bedarf haben, das Geschehen in Kommentaren einzuordnen. Ein Blick auf die absoluten Zahlen und den Anteil der Kommentare an der gesamten Berichterstattung bestätigt die oberflächliche Behandlung der Anti-Atomproteste (Werte nicht abgebildet). In keiner der Quellen findet sich ein Kommentar zu diesem Ereignis. Die Friedensdemonstration, der TTIP|CETA-Protest und die Sozialproteste werden dagegen intensiv in den Kommentarrubriken behandelt.

Dieser Befund verweist darauf, dass Demonstrationen, wie im Abschnitt zu Themenkonjunkturen gezeigt wurde, in der öffentlichen Diskussion sehr unterschiedliche Funktionen haben können. Der TTIP/CETA-Demonstration gelang es, ihr Thema stärker in die öffentliche Diskussion zu tragen. Damit kam diese Demonstration dem Idealtyp Trigger relativ nahe. Die Fukushima-Demonstration dagegen veränderte die Diskussion über Atomkraft nicht wesentlich. Dies entspricht eher dem Idealtyp der Überlagerung. Als Ereignis und zur Illustration eines Konfliktes wurde dieser Protest zwar registriert; aber die Positionen waren zu diesem Zeitpunkt bereits zugunsten der Atomkraftgegner geklärt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass vorangegangene Proteste zu den Koalitionsverhandlungen und zu Beginn der schwarz-gelben Bundesregierung das Thema bereits auf die Agenda gesetzt hatten.

Welche Bewertungen werden in den Berichten sichtbar?

Die Analyse der Akteure, die in der Berichterstattung vorkommen, zeigte, dass für die einzelnen Demonstrationen sehr unterschiedliche Stimmen eingeholt werden. In welcher Form sich diese Akteure äußern, geht daraus allerdings noch nicht hervor. Zu dem Bild, das Medien von Protesten zeichnen, gehören auch implizite und explizite Bewertungen. Diese wurden in der Analyse auf zwei Wegen erfasst: Zum einen schätzten die Kodierenden für den jeweiligen Beitrag auf einer siebenstufigen Skala¹⁵ ein, welche Bewertung der Protestierenden sich summarisch aus Bezeichnungen und Bewertungen in einem gegebenen Beitrag abzeichnet. Zum anderen wurden in jedem Beitrag bis zu drei Bewertungen identifiziert und Informationen zum Gegenstand oder Adressaten der Bewertung, zur Funktion der Bewertenden und der Qualität der Bewertung erfasst (ebenfalls auf einer siebenstufigen Skala, siehe Fußnote 15).

Die erste Methode erlaubt einen schnellen Vergleich: Dominieren in der Berichterstattung über einzelne Demonstrationen positive oder negative Gesichtspunkte? Errechnet man die durchschnittliche Bewertung anhand der Einteilung der Quellen in konservative und liberale Printmedien sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, so werden klare Tendenzen sichtbar: konservative Printmedien betonen eher negative Aspekte von Protesten (Durchschnitt: -0,75); die Einschätzung in liberalen Medien fällt dagegen auf unserer siebenstufigen Skala fast einen Punkt positiver aus (Durchschnitt: 0,16). Die öffentlich-rechtlichen Medien sind mit einem leicht negativen Durchschnittswert (-0,23) dazwischen angesiedelt.

Im Vergleich der einzelnen Berichtsquellen zeichnet die FR (0,57) das positivste Bild der Demonstrierenden. Positivste Einschätzungen findet man hier sogar eher als in der bewegungsnahen taz (0,24). Bei Focus (-2,33, n=3), Bild-Zeitung (-1,33) und Spiegel (-1,17, n=6) überwiegen negative Bewertungen von Protest.

Diese allgemeinen Aussagen werden plastischer, wenn die Bewertungen nach den einzelnen Demonstrationen differenziert werden (siehe Abbildung 18). Im besten Licht erscheint insgesamt die Demonstration gegen TTIP und CETA. Dieses Bild ergibt sich aber vor allem durch die positive Darstellung in den liberalen Printmedien. Die FAZ als das einzige berichtende konservative Medium zeichnet im Durchschnitt ein leicht negatives Bild. Die einzige Demonstration, die im Schnitt auch in konservativen Printmedien positiv bewertet wird, ist der Anti-Atomprotest nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima.

Zwei der untersuchten Demonstrationen werden insgesamt negativ beurteilt: der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm und Pegida. Letzterer ist das einzige Protestereignis, das in den konservativen Printmedien positiver bewertet wird als in liberalen und öffentlich-rechtlichen Medien. Es zeichnet sich

¹⁵ 3 „sehr positiv“, 2 „positiv“, 1 „mehr positive Elemente“, 0 „neutral/gemischt“, -1 „mehr negative Elemente“, -2 „negativ“, -3 „sehr negativ“

also entlang redaktioneller Linien ein unterschiedlicher Umgang mit den einzelnen Protesten ab: Protest von rechts wird in den liberalen Printmedien und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk negativer eingeschätzt als in konservativen Medien. Unerwartet deutlich positionieren sich die öffentlich-rechtlichen Nachrichten mit positiven und negativen Maximalwerten. Die Demonstration gegen den Irakkrieg wird positiv bewertet, der Pegida-Protest am anderen Ende der Skala negativ. Hier bestätigt sich inhaltlich, was oben in Bezug auf die Akteure in den untersuchten Berichten angedeutet wurde: Die Auseinandersetzung mit Pegida und den dort vorgebrachten Schmähungen gegen Journalist_innen, insbesondere jene aus den öffentlich-rechtlichen Sendern, spiegelt sich in einer negativen Berichterstattung über die Proteste.

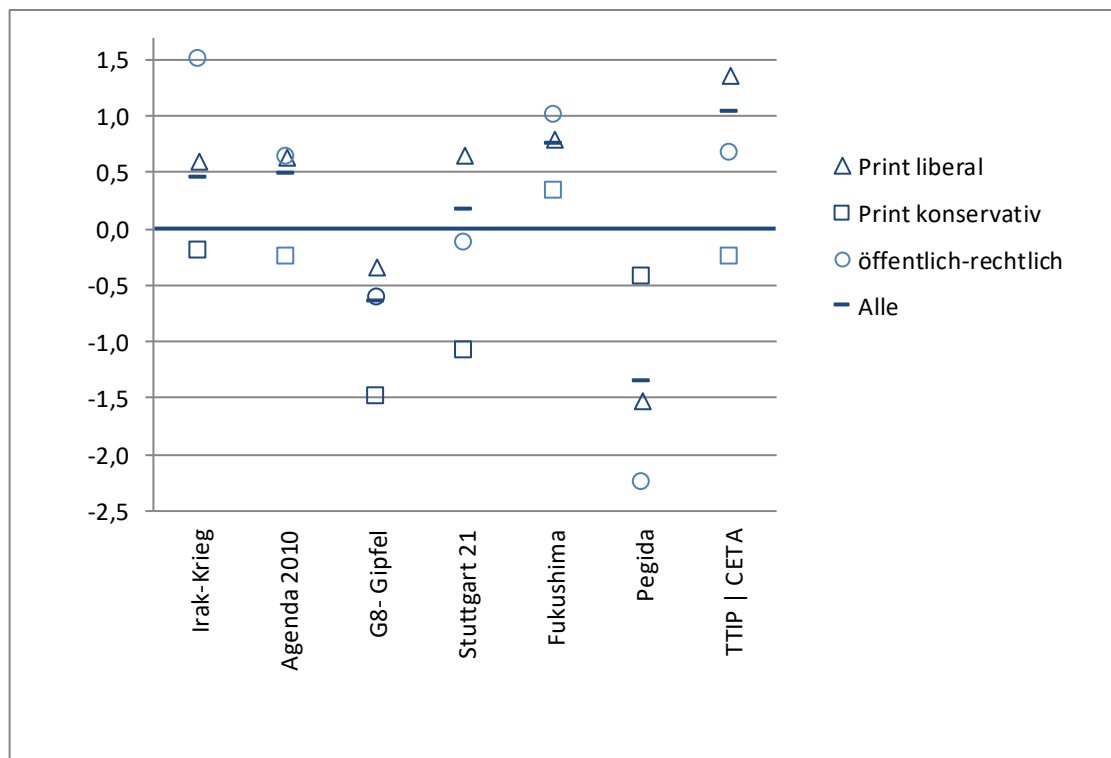


ABBILDUNG 18: ALLGEMEINE BEWERTUNG DER DEMONSTRIERENDEN (N=360, SYMBOLE SIND BEI EINSTELLIGEN FALLZAHLEN ABGESCHWÄCHT)

Nimmt man zusätzlich zu den generellen Bewertungen auf der Ebene eines Berichts in seiner Gesamttendenz einzelne wertende Aussagen innerhalb des Berichts in den Blick, so bestätigt sich die aktive Rolle von Journalist_innen in der Einordnung von Protesten. Von den insgesamt 496 detaillierter kodierten Bewertungen (nach dem Muster Objekt der Bewertung, Funktion des/der Bewertenden, Tendenz der Bewertung) stammen mehr als ein Drittel (173) von Journalist_innen. Sie bewerten in erster Linie Demonstrierende, ihre Aktionsformen und Argumente. Dabei stehen negative Bewertungen im Vordergrund (Durchschnitt: -1,24), insbesondere bei den G8-Protesten (-1,57) und Pegida (-2,18).

Die zweite Akteursgruppe, deren Bewertungen in der Berichterstattung häufig wiedergegeben werden, sind die Protestierenden selbst (118 Bewertungen). Ihre Kritik richtet sich in erster Linie an die Regierenden, die deutlich negativ bewertet werden (-1,8) - mit Ausnahme der Friedensdemonstration, bei der sich die Bundesregierung wie die Demonstrierenden gegen die Politik der Bush-Administration stellte. Bei den G8-Protesten und dem Protest gegen Stuttgart 21 gilt ein Großteil der Kritik auch dem Einsatz der Polizei. Dabei fallen die Bewertungen der Polizei durch die Demonstrierenden in Stuttgart

deutlich negativer aus (-2,71) als in Rostock (-1,65), wo es auch eine deutliche Kritik an Demonstrierenden aus den eigenen Reihen gibt (-1,8).

Dass Regierende bei Protesten negativ bewertet werden, verwundert kaum. Dass allerdings nur 46 der 496 kodierten Bewertungen, also knapp ein Zehntel, in diese Kategorie fallen, zeigt, dass die Berichterstattung über Protest nicht schon die Übermittlung der dort vertretenen Kritik bedeutet. Schlüsselst man für die einzelnen Quellen auf, wo Demonstrierende ihre Kritik an Regierenden platzieren können, so zeigt sich klar, dass die Wahrscheinlichkeit in Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der zuvor gezeigten zentralen Rolle des O-Tons am größten ist. Hier sind die Bewertungen der Demonstrierenden im Schnitt in einem Drittel (Tagesthemen) bis zur Hälfte der Beiträge (Informationen am Abend) sichtbar. Vergleicht man diesen Wert für die einzelnen Demonstrationen über alle Quellen hinweg, so wird die Bewertung von Regierenden durch die Demonstrierenden vor allem bei den Protesten gegen Agenda 2010 und für den sofortigen Atomausstieg transportiert (im Schnitt in einem knappen Drittel bzw. einem Viertel der Beiträge). Bei der Demonstration von Pegida war nur in jedem 16. Beitrag eine Bewertung der Regierung durch Protestierende zu finden, bei den TTIP/CETA-Protesten in jedem 14. Beitrag.

Zwischenfazit

Die quantitative Analyse des von den Demonstrationen gezeichneten Bildes bestätigt auf inhaltlicher Ebene die Unterschiede, die sich bereits für den Umfang der Berichterstattung angedeutet haben. Liberale Printmedien und öffentlich-rechtliche Sender erweisen sich insofern als protestaffin, als Demonstrierende dort häufiger zu Wort kommen, ihre Kritik platzieren können und insgesamt positiver bewertet werden als in konservativen Printmedien. Lediglich bei der Pegida-Demonstration kehrt sich das Verhältnis, zumindest in Bezug auf die Bewertungen, um.

Für die einzelnen Demonstrationen ergibt sich ein differenziertes Bild. Der Protest gegen den Irakkrieg wird positiv aufgenommen; die Gründe dafür werden dargestellt und die Demonstrierenden kommen selbst zu Wort. Ein ähnlich positives Fazit ergibt sich für die Proteste gegen die Agenda 2010. Hier wird der Hintergrund noch ausführlicher beleuchtet. Die Kritik an der Regierung wird am stärksten sichtbar. Wenn es darum geht, die Kritik an einem Thema in die öffentliche Diskussion zu bringen, schneidet nur die Demonstration gegen TTIP / CETA noch besser ab. Die Motive und Argumente der Demonstrierenden werden in diesem Fall am ausführlichsten dargestellt. Allerdings zeigt sich hier wie bei den Agenda-Protesten eine entweder ausbleibende oder zurückhaltende und negative Berichterstattung in den konservativen Printmedien.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel wie auch die gegen Stuttgart 21 werden von der Konfrontation zwischen Protestierenden und Polizei während bzw. am Vortag der Demonstration geprägt. Dies spiegelt sich in der Berichterstattung. Die ausführliche Auseinandersetzung mit der Gewalt führt dazu, dass die Inhalte der Demonstration kaum beleuchtet und die Protestierenden negativer beurteilt werden.

An der Fukushima-Demonstration zeigt sich, dass eine positive Bewertung des Protestes und eine starke Stimme in der Berichterstattung nicht mit einer intensiven Auseinandersetzung mit den Forderungen einhergehen muss. Der Großteil der Berichte von der Demonstration bleibt an der Oberfläche und beschreibt den Ablauf der Demonstration, ohne die gesellschaftlichen Implikationen zu benennen. Das Interesse am Thema schwand mit der Entscheidung der Bundesregierung, nach der Katastrophe von

Fukushima sieben Atomreaktoren stillzulegen. Die weitergehende Forderung, alle Atomkraftwerke in Deutschland abzuschalten, wurde zwar erwähnt, aber kaum diskutiert.

Mit dem Protest von Pegida erfolgt in allen Quellen eine intensivere Auseinandersetzung. In den liberalen, aber insbesondere auch in den öffentlich-rechtlichen Medien wird der Protest eindeutig negativ beurteilt. Journalist_innen beziehen hier häufig selbst Position. Regierende und Gegner_innen von Pegida werden zur Einordnung der Proteste gehört.

5. „Die Breite der Bevölkerung“ oder „die üblichen Verdächtigen?“ - Mediale Deutungsrahmen

Eines der wesentlichen theoretischen Instrumente in der Forschung zu sozialen Bewegungen ist das Framing-Konzept. Dieser Ansatz unterstreicht die Rolle von Deutungsmustern (Frames), mit denen Bewegungsakteure gesellschaftliche Entwicklungen überhaupt erst als Problem konstruieren und eigene Lösungsansätze präsentieren (Snow und Benford 1988). Sobald es Protestakteuren gelingt, in der medialen Berichterstattung zu erscheinen, sind sie nicht nur Akteure, sondern auch Gegenstand von Deutungsprozessen. Ihre Versuche, die eigenen Frames zu platzieren und weithin sichtbar zu machen, treffen dabei auf die Routinen und Deutungsangebote der berichtenden Journalist_innen, gegebenenfalls auch auf konträre Frames von Gegner_innen und Gegenbewegungen. Dieser öffentliche Wettstreit um die gesellschaftliche Deutung von Realität wurde in der Forschung als *framing contest* beschrieben. Im Folgenden gilt unser Blick ausschließlich den *media frames*, also den medialen Deutungen von Protestereignissen, die einen klar erkennbaren Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung und Meinung über Protestakteure und deren Aktivitäten haben (Scheufele 1999).

Im Sinne einer strategischen Konstruktion von Wirklichkeit haben Frames immer auch eine zugrundeliegende normative Implikation. Diese normative Dimension klingt an in Entman's Definition von Framing als „selecting and highlighting some facets of events or issues, and making connections among them so as to promote a particular interpretation, evaluation, and/or solution“ (Entman 2004, S. 5). Studien zum *media framing* von Protest zeigen beispielsweise, wie spezifische (oft als radikal wahrgenommene) Gruppen von Demonstrant_innen von Medien und anderen Außenstehenden durch eine sprachliche Trivialisierung und Marginalisierung sowie durch eine selektive Fokussierung auf Gewalt in der Öffentlichkeit delegitimiert werden (Halloran et al. 1970; Gitlin 1980, S. 27; Fridolffson 2004; Teune 2012; Rosie und Gorringer 2009).

Zur Identifikation dominanter Frames waren die Kodierer_innen in einem ersten Schritt angehalten, alle Textstellen mit medialen, impliziten und expliziten Deutungen, Charakterisierungen und Beurteilungen des Protests und der Demonstrierenden in das Kodierschema zu kopieren. In einem anschließenden Schritt wurden diese Textstellen mit Hilfe der Software MAXQDA erneut nach dem Muster der Frame-Analyse kodiert. Dafür wurden zunächst anhand einer Stichprobe zentrale Frames auf den Ebenen beurteilende Einordnung und positive oder negative Charakterisierung der Demonstrierenden induktiv erfasst. Auf dieser Grundlage wurden sämtliche Textstellen kodiert und neu erscheinende Deutungsmuster entsprechend erfasst. Anschließend wurde die Kodierung des gesamten Korpus anhand der nun umfassenden Liste an Frames final überarbeitet und angepasst.

Alle hier untersuchten Protestereignisse eint ihre Form als Straßendemonstration und die außergewöhnliche Größe. Gleichzeitig aber unterscheiden sich die Demonstrationen hinsichtlich der Thematik und des Ablaufs. Vor diesem Hintergrund werden in einem ersten Schritt fallübergreifende Frames oder Frame-Paare identifiziert, um dann in einem zweiten Schritt demonstrationspezifische Merkmale zu verdeutlichen. Dabei werden jeweils zwei zentrale Dimensionen des *media framings* in den Blick genommen: a) die beurteilende Einordnung der Demonstration, inklusive der Frage nach Erfolg oder Misserfolg, und b) die Charakterisierung der Demonstration und der Demonstrant_innen.

Einordnung der Demonstrationen

In der Gesamtschau fällt zunächst auf, dass sich relativ wenige der medialen Deutungen mit den Gründen und Motiven der Proteste auseinandersetzen. Vielmehr stehen formale Aspekte wie Größe und Repräsentativität oder Selektivität der Teilnehmenden sowie Umschreibungen des Demonstrationsgeschehens im Vordergrund. Die implizite oder explizite Bewertung der Demonstrationen erfolgt in erster Linie über eine oft pauschale Charakterisierung der Demonstrierenden.

Vor dem Hintergrund unserer Auswahlkriterien für die untersuchten Demonstrationen ist es wenig verwunderlich, dass alle Ereignisse als *historisch* eingeordnet werden. Die Zuschreibung historischer Bedeutung bezieht sich in erster Linie auf die Größe der Demonstration. Der Protest gegen Stuttgart 21 wird als „womöglich größte Demonstration in der Geschichte des Landes“ (Tagesthemen, 1.10.2010) gerahmt, der gegen den Irakkrieg werde „wohl in die Geschichte der Friedensbewegung eingehen“ (heute journal, 15.2.2003), sei gar eine der „eindrucksvollsten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik“ (SZ, 17.2.2003). Die Demonstration gegen TTIP/CETA gilt der Zeit als „bisher größte deutsche Protestveranstaltung der vergangenen 20 Jahre“ (16.10.2015). Neben der Größe wird in einigen Fällen die historische Bedeutung für die jeweilige Bewegung hervorgehoben. Der Fukushima-Protest ist laut der taz Beleg dafür, dass die Anti-Atomkraftbewegung nie so „handlungsfähig, so effizient wie heute“ (25.3.2011) gewesen sei. Im negativen Sinne wird die Demonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm als historisch eingeordnet, weil die Gewalt dort „eine neue Dimension erreicht“ habe (Bild-Zeitung, 4.6.2007); das Land sei „erschüttert wie seit den großen Demos der 80er-Jahre nicht mehr“ (Focus, 11.6.2007).

Mit der Größe der Demonstration geht in den allermeisten Fällen die Zuschreibung von *Erfolg und Misserfolg* einher. Diese Zuschreibung wird in erster Linie an den (vermeintlichen) Erwartungen der Organisierten bemessen – Erwartungen, die dann übertroffen (u.a. TTIP/CETA) oder unterboten würden (G8). Bei den G8-Protesten wird die auftretende Gewalt als zentrales Kriterium für die Einschätzung als Misserfolg herangezogen. Die politische Wirksamkeit der Demonstrationen wird dagegen bei der Zuschreibung von Erfolg kaum erwähnt. Dies gilt nicht für den umgekehrten Fall: Die Einordnung einer Demonstration als Misserfolg wird dann mit dem (prognostizierten) Ausbleiben politischer Änderungen und, im Falle von G8, mit der fehlenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit zentralen Protestthemen begründet.

Während die Auseinandersetzung mit den konkreten Inhalten, und mehr noch mit der Wirkung von Protest marginal bleibt, werden alle Demonstrationen abstrakt als *Symbol sich verändernder Verhältnisse* oder als exemplarisches *Zeichen gesellschaftlichen Unbehagens* gedeutet. Am stärksten gilt das für die Demonstration gegen den Irakkrieg, die im Kontext dieses historischen Moments gar den „Zusammenbruch der alten Ordnung symbolisier[e]“ (FAZ, 15.2.2003). Die Pegida-Demonstration wird allgemein als „Ausdruck eines Unwohlseins“ (FAZ, 12.1.2015) wahrgenommen; die Demonstrationen gegen Stuttgart 21 als „Vorgriff auf sich bildende Mehrheiten“ (SZ, 2.10.2010), und die TTIP-Proteste erscheinen – noch am stärksten thematisch eingebettet – als das „erhoffte Signal, dass es nicht so weitergehen könne in den Verhandlungen mit den USA und mit Kanada“ (Informationen am Abend, 10.10.2015).

Eine demonstrationsübergreifend wiederkehrende funktionalistische Deutung ist die Darstellung der Proteste als *Akte der Selbstvergewisserung*. Vor allem im Falle der als traditionsreich wahrgenommenen Bewegungen, wie der Gewerkschafts- / Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und der Umweltbewegung, werden die Demonstrationen als ritualisierter Selbstzweck gedeutet. Besonders deutlich wird

das bei den Agenda 2010-Protesten, die als „Akt der Selbstvergewisserung in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit“ (FAZ, 3.4.2004) interpretiert werden. Hier und auch bei anderen Demonstrationen schwingt bereits eine tendenziell abfällige Konnotation der Demonstrierenden als folkloristisch, selbstbezogen und weltfremd mit (siehe unten).

Charakterisierung der Demonstrierenden

Die implizite oder explizite Beurteilung von Erfolg oder Misserfolg geht stets mit einem positiv oder negativ konnotierten Framing der Demonstrierenden und damit auch einer diskursiven Legitimierung und Delegitimierung einher. Dabei stehen zwei Zugänge und zwei zugehörige Frame-Paare im Vordergrund, die in der einen oder anderen Weise in allen Demonstrationen thematisiert werden: die Frage der Repräsentativität und die Gewaltfrage.

Normale Bürger vs. Randgruppe: Ein wesentlicher Teil der medialen Deutungen aller hier untersuchten Proteste bezieht sich auf die Frage nach der Repräsentativität der Demonstrierenden. Die Demonstrationsgröße allein ist ganz offensichtlich kein ausreichendes Kriterium, um auf eine heterogene Beteiligung zu schließen. Besonders positiv konnotiert, exemplarisch im Fall der Fukushima-Demonstration, ist eine „breite Bürgerbeteiligung“, die „durch alle Schichten“ geht und als „Mehrgenerationenprojekt“ (taz, 28.3.2011) gelten kann. Die Breite des Protests wird dabei durch ein „buntes Bannermeer“ (Informationen am Abend, 26.3.2011) und die Beteiligung möglichst gegensätzlicher Gruppen untermauert. Das wird für den Stuttgart 21-Protest geltend gemacht, bei dem „konservative CDU Wähler zusammen mit Robin-Wood-Aktivisten“ (FR, 2.10.2010) demonstrieren. Bei der Fukushima-Demonstration konstatieren die Tagesthemen: „hier kann jeder mitmachen - egal wo er herkommt, was er macht, wie alt er ist“ (26.3.2011). Auch die TTIP/CETA-Demonstration bringt in diesem Sinne „die unterschiedlichsten Gruppen“ (SZ, 12.10.2015) zusammen.¹⁶

Doch gerade die Beteiligung der „Bürger“, sei es als „brave Bürger“ (SZ, 15.2.2003), „Normalbürger“ (taz, 18.2.2003) oder als – im Konflikt um Stuttgart 21 noch deutlich positiver besetzte – „besorgte Bürger“ (Bild-Zeitung, 2.10.2010), wird in den medialen Zuschreibungen als eine für die Gesamtbevölkerung repräsentative und damit legitime Protestbeteiligung gedeutet.¹⁷ Die Normalität des „Bürgers“ wird der Randständigkeit der vermeintlich typischen Protestierenden gegenübergestellt. Als legitime Proteste gelten solche, die in den Augen der Betrachter_innen gerade nicht dem Klischees von „Berufsdemonstranten“ (Zitat Stefan Mappus; FR, 4.10.2010) und „Linksradiakalen“ (FAZ, 15.2.2003) entsprechen: Die Deutung der Fukushima-Demonstration („Und es sind keineswegs nur diejenigen unterwegs, für die das Protestieren gegen die ‚Atommafia‘ Routine ist“; FR, 28.3.2011) und der Demonstration gegen den Irakkrieg („diesmal nicht nur die üblichen linksradikalen und pazifistischen Verdächtigen“; Informationen am Abend, 15.2.2003) zeigen dies eindrücklich. Auch die positive Hervorhebung der Beteiligung von Protestneulingen ist Teil dieses Bilds.

Die Frage der Repräsentativität findet teilweise eine Fortsetzung in der Polarisierung von *Artikulation des Mehrheitswillens vs. Aufstand der Minderheit*. Auch in diesem Zusammenhang ist zu fragen, für wen

¹⁶ Besonders blumig fällt eine SZ-Beschreibung der Proteste gegen den Irakkrieg aus: „den zu rot geschminkten Lippen, den herausfordernden Gesichtern und den Fleece-Stirnbändern, die selbstbewussten älteren Damen mit den samtene Sarah-Kay-Mützen, die gewerkschaftlichen Physiognomien der männlichen Demonstrationsteilnehmer um die fünfzig und die schlaksigen Gestalten und mürrischen Visagen frisch gebackener Abiturienten“ (SZ, 17.2.2003).

¹⁷ Allein bei Pegida sind die „Bürger“ weniger die Demonstrant_innen als vielmehr die Teilnehmer_innen der Gegendemonstration (u.a. Tagesthemen, 12.1.2015).

die Demonstrierenden sprechen. Während bei der Demonstration gegen den Irakkrieg nach der Deutung der SZ „keine Splittergruppen demonstrieren, sondern das deutsche Volk“ (17.2.2003), ist Pegida auf der anderen Seite des Spektrums „nicht das Volk, sondern das Gegenteil davon“ (SZ, 14.1.2015). Auch die zahlenmäßig mit dem Friedensprotest vergleichbare Agenda 2010-Demonstration gilt als „Beweis für Organisationsfähigkeit, nicht für die Stimmung im Land“ (SZ, 5.4.2004), und somit als Ausdruck partikularer Interessen. Neben der Pegida-Demonstration wird die Marginalisierung der Demonstrierenden als *Außenstehende* bei der G8-Demonstration besonders deutlich: die Demonstrierenden im schwarzen Block sind „Fremdkörper“ (taz, 4.6.2007); ihr „blinder Hass auf *unsere* freie Gesellschaft“ (Bild-Zeitung, 4.6.2007) verdeutliche deren Randständigkeit. Dieses Framing als Eindringlinge verstärkt sich noch durch die selektive Zuschreibung als „importierte Schlägertruppe“ (FAZ, 4.6.2007)¹⁸, „ausländische Krawallmacher“ (Bild-Zeitung, 4.6.2007) und „internationale Wanderarbeiter des gewalttätigen Protestes“ (Der Spiegel, 11.6.2007). Und auch hier wird die Figur des „normalen Bürgers“ bemüht und implizit die Zugehörigkeit der Demonstrierenden zu eben dieser Gruppe bestritten. Die Rede ist von „mürrisch dreinblickenden Einwohnern, die sich schnell in Hauseingänge verziehen“ (Informationen am Abend, 2.6.2007). Die Proteste wirken gar antidemokratisch, wenn der „Bürger aus Frust und Angst nicht an der Willensbildung teilnimmt und sich lieber hinter zugengelbten Fenstern verbarrikadiert“ (ebd.). Die Delegitimierung der G8-Proteste erfolgt hier durch eine Marginalisierung der Beteiligten, bei der ein kleiner Teil der Demonstrierenden für den ganzen Protest steht.

Friedfertigkeit vs. Gewalt: Noch vor der Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten wird die Friedfertigkeit der Demonstrationen als ein notwendiges Kriterium für die Legitimität von Protest gewertet. Die Gewaltfrage ist für die Deutung aller Demonstrationen von zentraler Bedeutung. Obwohl es nur während der G8-Demonstration zu Auseinandersetzungen kommt, fällt auf, wie stark der friedliche Charakter der anderen Demonstrationen betont wird. „Friedlich“ ist das mit Abstand am häufigsten gebrauchte Attribut zur Umschreibung dieser Demonstrationen. Ähnlich wie zuvor wird hier zumindest implizit eine Protestnorm gesetzt und eine Grenze des legitimen Protestes gezogen. Indirekt wird die Friedfertigkeit untermauert, indem ein Bezug zu mit Gewalt assoziierten Protestphänomenen hergestellt wird. Im Fall der Stuttgart-21-Demonstration betont die FR, hier sei „kein schwarzer Block weit und breit“¹⁹ (2.10.2010) zu sehen. Laut Bild-Zeitung zeichne sich die Demonstration gegen den Irakkrieg dadurch aus, dass dort „keine schreienden Menschen mit Fäusten und Molotowcocktails“ (17.2.2003) zu sehen waren.

Der friedliche Charakter der Demonstrationen wird in vielen Fällen mit Attributen wie „bunt“, „kreativ“ und „phantasievoll“ (u.a. Tagesthemen, 2.6.2007) betont. Die Stimmung wird insbesondere bei den Demonstrationen gegen Atomkraft, gegen den Irakkrieg und TTIP/CETA als *Karneval* oder *Volksfest* gerahmt, die „eher an ein Rockkonzert“ (FR, 28.3.2011) als eine Demonstration erinnerten. Davon heben sich die Pegida-Demonstration und der Protest gegen den G8-Gipfel ab. Sei die Stimmung bei Pegida noch „unfreundlich“ (Die Zeit, 15.1.2015), von der „Abwesenheit von Humor und Ironie“ (FAZ, 14.1.2015) geprägt und zuweilen auch „aggressiv“ (heute journal, 2.6.2007), so steht die G8-Demonstration ganz im Zeichen der Gewalt. Während der anfangs als friedlich benannte Protest entlang der bekannten Muster noch als „Karneval“, „Klamauk“ und „ein bisschen Loveparade“ (SZ, 4.6.2007) umschrieben wird, kehrt sich die Stimmung schnell ins Gegenteil. Die Rede ist von „bedrückt“ und „angespannt“ (Informationen am Abend, 3.6.2007) bis hin zum finalen Höhepunkt einer „Explosion des Hasses“ und

¹⁸ Der Titel des Artikels – „Importierter Klassenkampf“ – geht in dieselbe Richtung.

¹⁹ Schließlich sei Stuttgart „nicht das Schanzenviertel“, so eine Demonstrantin.

einer „Gewaltorgie“ (Bild-Zeitung, 4.6.2007) in der „Schlacht von Rostock“ (Focus, 11.6.2007). Wenn die Gewaltfrage bei der Deutung der anderen Demonstrationen meist nur implizit durch die stetige Betonung der Friedfertigkeit mitschwingt, manifestiert sie sich während der G8-Demonstration als Inbegriff der nicht zu rechtfertigenden Grenzüberschreitung zwischen „legitimen Protest und purer Gewalt“ (FAZ, 5.6.2007). Die Delegitimierung erfolgt hier nach dem Mechanismus der Kriminalisierung. Auffällig ist dabei, dass Gewalt stets als inhärenter Charakterzug der demonstrierenden „Hooligans“, „Randalierer“ oder „Krawallbrüder“ (u.a. FR, 4.6.2007; heute journal, 2.6.2007), nicht aber als Ergebnis von Interaktionsprozessen mit der Polizei verstanden wird.

Neben diesen Gegensatzpaaren „Normale Bürger vs. Randgruppe“ und „Friedfertigkeit vs. Gewalt“ eint die Deutungen fast aller Demonstrationen das Muster der Trivialisierung. Während einem Teil des G8-Protests explizit der politische Charakter abgesprochen wird („Wer Pflastersteine wirft, demonstriert nicht“; Bild-Zeitung, 4.6.2007), ist die Charakterisierung der als friedlich beschriebenen Demonstrierenden subtiler. Aber auch in der zunächst positiv konnotierten Umschreibung als Karneval und Volksfest schwingt immer auch eine paternalistische Deutung nicht ganz ernst zu nehmender und naiver Demonstrierenden mit, seien es die „weltfremden“ Utopist_innen der G8-Demonstration (FR, 4.6.2007), die technikfeindlichen „Öko-Trommler“ (Focus, 4.10.2010) in Stuttgart oder die altbackenen Gewerkschaftler_innen auf der Agenda-Demonstration, die den „Nerv der Zeit nicht mehr treffen“ (SZ, 5.4.2004). Auch bei der sonst so positiv beschriebenen Demonstration gegen den Irakkrieg fehlt nicht der Hinweis auf eine selbstbezogene „Betulichkeit“ (FR, 15.2.2003) und einen naiven Wohlfühl-Pazifismus.²⁰

Nicht selten steigert sich diese Deutung in eine Abwertung der Demonstrierenden als engstirnig, „kurzsichtig“ (G8; taz, 4.6.2007) und gemeinhin irrational. Neben der G8-Demonstration ist das besonders deutlich bei Pegida zu beobachten, die als „absurd“ (FAZ, 5.6.2007) und in einem Leitartikel der FR blumig als „intellektuell so mobil [...] wie die poecilia reticula – der gemeine Guppy – auf dem Trockenen“ (FR, 13.1.2015) charakterisiert wird. Die Agenda-Demonstration wird als „Aufstand der Ratlosen“ (Die Zeit, 7.4.2004) gedeutet, und für Teile der konservativen Presse ist klar, dass es die besseren Argumente für TTIP gibt. Doch „auf der Straße ist das Nein leichter zu vermitteln“ (FAZ, 12.10.2015).

Unmittelbar verbunden mit dem Frame der *Irrationalität* findet sich demonstrationsübergreifend eine Deutung von *rückwärtsgewandten und destruktiven* Demonstrierenden, die ihre Angst vor einer sich verändernden Realität artikulieren. Protest wird dabei klar mit dem Bild der Negativität, des einseitigen Dagegenseins und einer fehlenden Artikulation realistischer Alternativen assoziiert. Dieses Bild reicht von der „Negativkoalition zur Abwehr eines Krieges“ ohne „Idee einer Alternative zur bestehenden Gesellschaft“ (taz, 18.2.2003) über die technikfeindlichen Stuttgart 21-Gegner, „die nicht verhandeln [wollen] über ein Projekt, das ihnen Angst macht“ und „nicht sagen, was übrigbleibt“ (Tagesthemen, 1.10.2010), bis zu den Stop TTIP|CETA-Teilnehmer_innen, die „Angst [haben,] dass sich im Kleinen, im Alltag, viel verändern könnte“ (Tagesthemen, 10.10.2015). Dem radikalen Teil der G8-Demonstrant_innen, die „Gegen alles, nur nicht gegen Protest“ (FAZ, 1.6.2007) seien, wird pauschal ein „Misstrauen gegenüber Fortschritt und Moderne“ (SZ, 5.6.2007) unterstellt. Besonders eindrücklich wird die Charakterisierung der Demonstrant_innen als ängstliche Veränderungsverweigerer_innen bei der Agenda-2010-Demonstration und bei Pegida. Der Protest gegen Sozialabbau sei ein „Protest der Verlierer“ (Tagesthemen, 3.4.2004) voller „Nöte und Sorgen“ (FR, 4.4.2004), „verstört von der Berliner Reformpolitik“ (heute journal, 3.4.2004), „mit fehlenden Zielen“ (Die Zeit, 7.4.2004), aber letztendlich „nicht auf der

²⁰ Ein Beispiel ist der taz-Artikel „Kuscheliger wird nicht“ (17.2.2003) in dem es heißt: „Gemeinsam sind wir stark: Diese irrige Annahme wärmt seit je das Herz.“

Suche nach neuen Antworten“ (FAZ, 3.4.2004), oder eben, wie oben zitiert, ein „Aufstand der Ratlosen“ (Die Zeit, 7.4.2004). Ähnlich klingt die Charakterisierung der Pegida-Demonstrierenden als „kleine Leute, Zukurzgekommene und Niegemeinte“ (Die Zeit, 15.1.2015) mit einer rückwärtsgewandten „Zukunftsangst“ (taz, 14.1.2015).

Insgesamt gesehen besteht über alle Demonstrationen hinweg und zumindest teilweise auch über die Medien hinweg die Tendenz, die Proteste in der ein oder anderen Weise als irrational und politisch irrelevant zu charakterisieren, sei es im Sinne einer harmlosen Naivität, einer bornierten Angst vor der Moderne oder einer aggressiven Engstirnigkeit. Die positive Konnotation der als friedlich und heterogen gedeuteten Demonstrationen wird vor diesem Hintergrund relativiert.

Demonstrationsspezifische Deutungen

Nachdem zuvor demonstrationsübergreifende Frames beschrieben wurden, sollen die einzelnen Deutungsmuster der Demonstrationen im Folgenden kurz zusammengefasst und verglichen werden. Besonders eindrückliche Belege, die weiter oben vorgestellt wurden, werden nicht erneut betrachtet. Vielmehr stehen auffällige Unterschiede zwischen den Medien im Mittelpunkt.

Die *Demonstration gegen den Irakkrieg* wird vergleichsweise positiv und – wie oben beschrieben – in ihrer Größe und Bedeutung als historisch wahrgenommen. Alle Medien stellen die heterogene Zusammensetzung und die Beteiligung der „braven“ (SZ, 15.2.2003) „Normalbürger“ (taz, 18.2.2003) jenseits der üblicherweise vorherrschenden Protestmilieus heraus. Die so beschriebene Zusammensetzung erzeugt ein positives Bild: „anders als sonst bei Demonstrationen gewohnt, waren diese Kundgebungen gegen einen Angriff auf den Irak nicht Artikulation einer Minderheit, sondern in ihrer Grundaussage klarer Ausdruck einer Mehrheitsmeinung“ (Informationen am Abend, 15.2.2003)²¹. Auffällig, und im Kontrast zu den anderen hier untersuchten Protesten, ist die in einigen Berichten hervorgehobene Regierungsnähe der Demonstrierenden, die bisweilen auch problematisiert wird. So hegt die FR gar den Verdacht einer Kooptation der Friedensbewegung durch die rot-grüne-Bundesregierung: „Schließlich schafft sich die Regierung – aus Oppositionssicht – gerade eine eigene Friedensbewegung“ (FR, 15.2.2003).

Die Demonstrierenden werden als ausgesprochen friedlich, zuweilen fast „still“ (FAZ, 17.2.2003) umschrieben. Nach dem oben benannten Muster erscheinen sie in einigen Berichten zwar als „aufrecht“ (SZ, 17.2.2003), aber eben auch als „betulich“ (FR, 17.2.2003) und tendenziell naiv. Die taz bemängelt z.B., die „deutsche Friedensbewegung [sei] blind für den politischen Terror im arabischen Nahen Osten“ (taz, 17.2.2003). Von dem positiven Grundton weicht lediglich die Bild-Zeitung ab, die bei den Demonstrierenden Anti-Amerikanismus ausmacht. Sie setzt die „Friedensdemonstranten“ in Führungszeichen, weil „die immer dann zur Stelle sind, wenn es gegen Amerika geht“ (Bild-Zeitung, 14.2.2003).²²

Die *Demonstration gegen die Agenda-Reformen* steht exemplarisch für eine mediale Deutung, bei der Demonstrierende als ängstlich, verstört und gemeinhin als gesellschaftliche Verlierer gelten. Vor allem in der konservativen Presse, aber auch in Teilen der liberalen Presse (Die Zeit, SZ) wird das Bild ratloser

²¹ Ähnlich in der FAZ, 17.2.2003: „Was am Samstag in Berlin stattfand, wurde jedoch zum Gegenteil von dem, was sonst in der Stadt an Demonstrationsritualen üblich ist.“

²² Wiederholt wird dabei kritisiert, dass mit der einseitigen USA-Fixierung der „Anti-Bush-Demo“ die wahre Gefahr verkannt wird. Wenn „der Eindruck erweckt [wird], die USA wären gefährlicher als Saddam Hussein – dann ist das schon merkwürdig“, so die Bild-Zeitung (14.2.2003).

Veränderungsverweigerer erzeugt, die sich mit ihrer rückwärtsgewandten Borniertheit den notwendigen Modernisierungsmaßnahmen verweigerten (u.a. Die Zeit, 7.4.2004). Diese Deutungsmuster stehen im Widerspruch zu dem insgesamt positiven Bild, das vom Sozialprotest vermittelt wird (s. Abbildung 18). Den Gewerkschaften sei es nach dem Bruch mit der SPD wenigstens kurz gelungen, die politische Bühne wieder zu betreten und „neues Selbstbewusstsein“ (Informationen am Abend, 4.4.2004) zu erlangen. Ganz im Gegensatz zur Demonstration gegen den Irakkrieg wird wiederholt angedeutet, dass es sich nicht um eine gesellschaftliche Mehrheit handle und die Reformen vielmehr notwendig und richtig seien (SZ, 5.4.2004).

Gegen diese Charakterisierung wendet sich neben der taz vor allem die FR, die die pauschale Einordnung der Demonstrierenden als „Status-Quo-Bewahrer“ kritisiert (FR, 2.4.2004). Auch die Informationen am Abend (3.4.2004) heben das „kämpferische“ Element der Demonstration hervor und verstehen, entgegen der Gesamttendenz der Berichterstattung, die Forderungen der Demonstrierenden als positiv formulierten Wunsch nach mehr „Fairness und Ausgewogenheit“ und für „eine sozial gerechtere Politik“ (ebd.). In der Bild-Zeitung steht eine durchaus wohlmeinende Berichterstattung zu den Demonstrationen neben einer Referenz auf Protestgewalt („Chaoten warfen Flaschen und Steine“; Bild-Zeitung, 5.4.2004). Die Demonstrierenden werden mit der von der Bild-Zeitung negativ aufgeladenen „Antifa“ assoziiert („Verrückt: Nach der Demo darf die „Antifa“ im Ostflügel der Humboldt Uni feiern“; Bild-Zeitung, 3.4.2004).

Die wesentlichen Elemente der medialen Deutung der *G8-Demonstration* wurden bereits zuvor angesprochen. Diese Demonstration steht unter dem Vorzeichen der Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizei und einer Kriminalisierung von „Chaoten“ und „Krawallmachern“. Durch den Gebrauch von Superlativen wie „Schwerste Krawalle“ (Tagesthemen, 3.6.2007), „exzessive Gewalt“ (heute journal, 3.6.2007), und „ungeheuerliche Brutalität“ (Bild-Zeitung, 4.6.2007) werden die Ereignisse dramatisiert und der Protest insgesamt entpolitisiert. Sehr viel stärker als bei den anderen Demonstrationen findet man zudem eine infantilisierende und ironisierende Deutungsmuster. Die FR erklärt das Phänomen schwarzer Block damit, dass „sich auch seriöse Akademiker von Zeit zu Zeit ihrer linksradikalen Vergangenheit vergewissern und dem Alltag ins Abenteuer-Wochenende entfliehen“ (FR, 4.6.2007). Im Vordergrund steht insgesamt der Gegensatz von legitimen und illegitimen Protest, symbolisiert durch die „friedlichen“ Globalisierungskritiker_innen einerseits und die Gewalt der „Autonomen“ andererseits: hier bunter Karneval und Dialogbereitschaft, dort „schwarzer Block“ und destruktive Raserei. Besondere Aufmerksamkeit erfährt zudem der Streit zwischen diesen beiden Polen und, damit verbunden, die Naivität der Organisator_innen, die Zusammenarbeit mit den Autonomen zu suchen (taz, 5.6.2007). Mehr noch als bei den anderen Demonstrationen fehlt eine thematische Beschäftigung mit den Forderungen der Demonstrierenden. Generell stehe die Bewegung vor einem „Scherbenhaufen“ (ebd.); die Proteste hätten den politischen Zielen der Globalisierungskritiker_innen eher geschadet und der Agenda der Regierenden genutzt. Es überwiegt die Einordnung der Demonstration als Misserfolg und die beschriebene Delegitimierung der Proteste über alle Medien hinweg. Allerdings greift die Bild-Zeitung zu deutlich drastischeren Bildern („wollt Ihr Tote, ihr Chaoten?“; 4.6.2007) im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Medien, die am wenigsten skandalisierend berichten.

Das mediale Framing der *Stuttgart 21-Proteste* steht teilweise im Zeichen des polizeilichen Vorgehens am sogenannten „Schwarzen Donnerstag“; die Deutung der Demonstration am Folgetag ist davon nur schwer zu trennen. In den wenigen expliziten Beschreibungen wird erneut die positiv wahrgenommene Heterogenität und die Friedfertigkeit der Demonstration betont. Dies erfolgt insbesondere durch den

Verweis auf die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und „harmlose[n] Rentner[n]“ (FAZ, 4.10.2010). Am Rande wird auch das Motiv der Angst und der unvernünftigen Fortschrittsfeindlichkeit erkennbar. Diese Zuschreibungen erfolgen insbesondere durch Bild-Zeitung und Focus. Insgesamt aber wird der Protest – möglicherweise auch vor dem Hintergrund des polizeilichen Eingreifens am Vortag – positiv, als Zeichen der Veränderung und des bürgerlichen Aufbegehrens angesichts einer als stur empfundenen Landespolitik gedeutet (SZ, 2.10.10: „Nicht der Protest in Stuttgart ist also unnormal, sondern die Politik“).²³

Die *Fukushima-Demonstration* erfährt vergleichsweise geringe Beachtung. Sie wird eher neutral und deskriptiv behandelt. Trotz der Anerkennung der historischen Leistung der Anti-Atomkraftbewegung wird der Demonstration nach dem angekündigten Ausstieg aus der Atomkraft und dem überparteilichen Konsens keine direkte politische Relevanz zugeschrieben. Es gibt kaum eine Nennung oder gar Kommentierung der Kernforderung nach einem sofortigen Atomausstieg. Eine kontroverse Berichterstattung findet nicht statt. Das dominante Bild der Demonstration ist erneut das einer friedlichen, bunten und heterogenen Menschenmenge mit zuweilen folkloristischen Zügen.

Während die Fukushima-Demonstration kaum, aber überwiegend positive Resonanz erfährt, löst die *Pegida-Demonstration* zahlreiche, wenngleich überwiegend negative Berichte aus. Pegida wird als Ausdruck des „Unwohlseins“, einer diffusen Zukunftsangst und gleichzeitig als Zeichen einer ausländer- und islamfeindlichen Zuspitzung interpretiert. Die Demonstrierenden erscheinen als eine „humorlose“, „verunsicherte“ und gleichzeitig „Hass schürende“ und „verstörende“ Minderheit (u.a. FAZ, 13.1.2015; 14.1.2015). Die Kennzeichnung der Demonstration als „absurd“ (FR, 10.1.2015) und der Hinweis auf Verschwörungsideologien verstärken den Eindruck der Irrationalität. Auffällig ist der von vielen Seiten geäußerte Vorwurf der Unanständigkeit, der sich für FAZ, SZ und taz insbesondere an der Instrumentalisierung der Charlie-Hebdo-Morde zeigt („Gipfel der Scheinheiligkeit“; SZ, 13.1.2015). Vor allem die Parole „Lügenpresse“ und der als illegitime Vereinnahmung wahrgenommene Slogan „Wir sind das Volk“ fungieren als Reizwörter („In dem von ihnen missbrauchten Satz „Wir sind das Volk“ steckt ihr Totalitätsanspruch“; Der Spiegel, 17.1.2015). Wenn die von Pegida imaginierte Islamisierung erwähnt wird, dann nur, um die Irrationalität der Demonstrierenden zu unterstreichen, indem z.B. darauf hingewiesen wird, dass der „größte Arbeitgeber der Stadt aus dem Morgenland, genauer: aus Abu Dhabi“ (FR, 10.1.2015) komme.

Die Verstörung angesichts der Proteste und die negative Kommentierung von Pegida ist insbesondere in den liberalen Zeitungen FR, taz und SZ zu finden. Die FAZ scheint teilweise gespalten, wenn auf der einen Seite tendenziell verständnisvoll beschrieben wird, wie „Dresdner Demonstranten mit offenem Visier für ihre Meinung“ (FAZ, 10.1.2015) eintreten, auf der anderen Seite aber Polemik, Scheinheiligkeit und eine Nähe zu Verschwörungsideologien thematisiert wird (u.a. FAZ, 14.1.2015).

Ähnlich wie bei der Fukushima-Demonstration ist die Analyse der medialen Frames zur Stop TTIP|CETA-Demonstration wenig ergiebig. Die „beeindruckende“ (FR, 12.10.2015) Größe und die Breite der Beteiligung stehen im Vordergrund. Stärker als im erstgenannten Fall lässt sich auch eine Auseinandersetzung mit den Inhalten konstatieren. Die Tagesthemen (10.10.2015) berichten, dass die Demonstrierenden

²³ Explizit negative Töne sind in erster Linie durch zitierte Urteile externer Akteure wie den Ministerpräsidenten Mappus („Wahlkampfmanöver der Grünen“; taz, 2.10.2010) oder den Bahnchef Grube („Bei uns entscheiden Parlamente, niemand sonst“; SZ, 4.10.2010) vertreten.

„im großen Stil für die Demokratie“ auf die Straße gehen und die geplanten Schiedsgerichte problematisieren. Im Kontext der Demonstration erfährt man im heute journal (10.10.2015), dass bei CETA, der „Blaupause für TTIP“, nicht wie bei TTIP die Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, sondern die Erleichterung des Handels im Vordergrund stehe.

Der Vergleich mit den anderen Demonstrationen und mit den Ergebnissen der quantitativen Analyse im letzten Abschnitt zeigt, dass eine derartige Auseinandersetzung mit den konkreten Inhalten des Protests für die Protestberichterstattung keineswegs selbstverständlich ist. Auch wenn das bei der Stop TTIP|CETA-Demonstration gelingt, heißt das nicht, dass die Forderungen durchgehend geteilt werden. Während FR und taz eine gewisse Sympathie durchklingen lassen und die öffentlich-rechtlichen Medien einen neutralen Ton anschlagen, ist die Ablehnung der FAZ eindeutig („Die besseren Argumente gibt es für TTIP“; FAZ, 12.10.2015). Ähnlich wie bei der Demonstration gegen den Irakkrieg werden auch beim Protest gegen TTIP/CETA am Rande ein möglicher Anti-Amerikanismus und eine drohende Unterwanderung von rechts thematisiert, aber als marginal eingestuft.

Zwischenfazit

Während sich die Tendenz der negativen oder positiven Bewertung der Demonstrationen anhand der Dimensionen Heterogenität/Repräsentativität und Friedfertigkeit unterscheidet, zeichnen die weiter oben dargestellten demonstrationsübergreifenden Deutungen auch ein Bild vom Protest als einer nicht ganz ernst zu nehmenden, zuweilen naiven Form des Aktivismus, der in erster Linie von (linken) Minderheiten artikuliert werde und politisch wenig bedeutsam sei. Positive Konnotationen erzeugen eher Hinweise auf karnevaleske Folklore als die Bescheinigung von Weitsicht und politischer Relevanz. Zumindest implizit zeigt sich ein stark institutionalisiertes Verständnis von Politik in dem Protest als politische und politisch bedeutende Ausdrucksform wenig Raum bekommt. Dieses Politikverständnis ist in der Berichterstattung der konservativen Medien stärker vertreten als bei den liberalen Medien, insbesondere FR und taz. Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien fällt dagegen relativ neutral aus.

6. „Es gibt kein Monopol auf Volkes Stimme“ - Der journalistische Blick auf Proteste

Die vorangegangene Analyse hat die große Bandbreite des journalistischen Umgangs mit Protest gezeigt. Wie Journalist_innen eine Demonstration und die Beteiligten beurteilen und welche Quellen sie heranziehen, hängt vom eigenen Selbstverständnis und vorangegangenen Erfahrungen ab. Um ein Schlaglicht auf die Perspektive derjenigen zu setzen, die die untersuchten Nachrichten produzieren, haben wir Interviews mit vier Journalist_innen geführt, die für Printmedien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten. In den leitfadengestützten Interviews ging es zunächst um redaktionsinterne Abläufe im Umgang mit Demonstrationen, um Selektionskriterien für die Berichterstattung über Protest und interne Kontroversen zum Thema. Dann folgten Fragen zum journalistischen Auftrag bei Demonstrationen und zu Problemen in der Berichterstattung über Protest. Schließlich interessierte uns, welche Resonanz Journalist_innen auf ihre Arbeit in diesem Themenfeld bekommen. Drei der vier Interviews wurden transkribiert und mit Hilfe des Analyseprogramms Atlas.ti so kodiert, dass Passagen zu den genannten Themen verglichen werden konnten. Da die Zahl der Interviews sehr gering ist, lassen sich daraus kaum verallgemeinerbare Aussagen ableiten. Dass die Fragen sehr unterschiedliche Assoziationen auslösen, macht aber doch Kontraste im Selbstverständnis und in der Perspektive auf Protest sichtbar.

Schon die erste Frage nach den Arbeitsabläufen im Kontext der Berichterstattung über Protest förderte unterschiedliche Haltungen zutage. Christiane Schlüter²⁴, Redakteurin einer liberalen Tageszeitung, die routinemäßig von Protesten berichtet, vertritt vehement das Prinzip des ‚Eintauchens‘ in den Protest, was in der Konsequenz bedeutet, dass sie bei einem Großereignis vier Tage in Folge „von morgens um sechs bis abends um 24 Uhr“ arbeitet. Ihr Kollege Martin Jänichen, der für eine konservative Zeitung auch Demonstrationen abdeckt, betont dagegen seine eigene Zurückhaltung und Distanz zu Protesten. In einer Demonstration mitzulaufen, ist für ihn eine Ausnahme; es widerspricht seiner Selbstwahrnehmung als Beobachter: Nachdem er auf einer Demonstration einen Bekannten getroffen und einen großen Teil des Weges mit ihm gelaufen ist, hält er inne. Er könne nicht in der Demonstration mitlaufen: „ich soll hier schreiben“. Um über einen Protest zu berichten, sammelt er Informationen nicht zwingend vor Ort. Schlüter dagegen ist überzeugt: „Ich würde niemals von einer Demo weggehen, bevor sie vorbei ist.“ Eine Szene, die sie beschreibt, macht die unterschiedlichen Haltungen plastisch:

Es gab eine Hausbesetzung [...]. Und ich bin dann hin und tatsächlich, Transparente am Haus, Leute vorm Haus und so weiter. Und ich tauchte zufällig gleichzeitig mit einer Kollegin von [einer konservativen Tageszeitung] auf. Und ich habe dann gesagt: Komm, wir gehen rein, gucken uns das an. Und sie hat gesagt: Was, da rein, bist du wahnsinnig? Und ich habe gesagt: Klar gehen wir rein. Und ich gehe dann rein, und sie geht nicht rein.

Auf die Frage, wie es dazu kommt, dass sie vermehrt zu Protest arbeiten, geben die beiden Befragten ebenfalls sehr unterschiedliche Antworten. Während Jänichen knapp feststellt, er sei redaktionsintern oft der einzige, der in Frage kommt, holt Schlüter länger aus. Sie betont ihr langjähriges Interesse am Thema und dass sie in der Redaktion seit einer engagierten Berichterstattung zu Beginn ihrer Beschäfti-

²⁴ Namen und Angaben zu den Interviewpartner_innen sind anonymisiert.

gung routinemäßig für Demonstrationen und Proteste eingeteilt wird. Der dritte Befragte, Jochen Kliement, leitender Redakteur eines öffentlich-rechtlichen Senders, sagt auf die Frage, ob es in seinem Haus auf das Thema Protest spezialisierte Kolleg_innen gäbe:

Zu Demonstrationen schicken wir keine Volontäre oder Berufsanfänger – vor allen Dingen bei Demonstrationen, wo möglicherweise Gewalt eine Rolle spielt, wo die Dinge auch manchmal schwer zu entschlüsseln sind. Wir haben schon Reporterinnen und Reporter, die sich in den letzten Jahren in besonderer Weise auf diese Art von Demonstrationen spezialisiert haben.

Im Gespräch wird deutlich, dass der Zugang der Journalist_innen zu dem Thema auch mit unterschiedlichen Vorstellungen von der gesellschaftlichen Rolle von Protest einhergeht. Auf die Frage, ob seine Zeitung angemessen über das Demonstrationsgeschehen berichtet, antwortet Martin Jänichen:

Wenn man annimmt, was ja sicher manche Leute tun, dass alles, was so auf der Straße stattfindet an Protest, abgebildet sein muss in der Zeitung, dann bestimmt nicht. Das finde ich richtig, weil das ist derartig ritualisiert und langweilig und dann meistens eben doch vom DGB oder von ver.di oder von irgendwelchen Funktionären organisiert. Wer will das lesen?

Er vermisst bei Protesten die tatsächlich Betroffenen. Als Beispiel nennt er eine Erfahrung mit einem Protest gegen die Agenda 2010, der von Menschen im Rollstuhl oder auf Krücken angeführt wurde. Das Bild weckte in ihm die Idee, mit dem Protest könnten eben diese Betroffenen eine Stimme bekommen: „Vielleicht werden wir ja wirklich noch ein Land wie andere Länder, wo solche Demonstrationen wirklich politisch was verändern können.“ Da er die Beteiligung von Betroffenen aber für eine Ausnahme hält, meint Jänichen: „ich finde Demonstrationen eigentlich die langweiligste Inszenierung von politischem Willen. Manchmal ist es der schieren Masse wegen ergreifend, aber meistens ja nicht“. Und auf der Ebene des persönlichen Erlebens: „Ich habe selber keinen Spaß an Demos.“

Im Gespräch mit Christiane Schlüter wird eine konträre Einschätzung von Protest und der eigenen Rolle als Berichterstatteerin deutlich. Mit Emphase sagt sie über Demonstrationen:

Das ist ja eigentlich etwas Urdemokratisches. Man hat keine eigene Zeitung, die 10.000-fach gelesen wird, also was macht man? Man meldet eine Demonstration an, man stoppt den Verkehr, man macht ein bisschen Ärger. Der Verkehr kann nicht fahren, die Bahnen müssen anhalten, alle: Was ist da denn los? Man stellt sich dahin und sagt: Das und das passt uns nicht.

Vor diesem Hintergrund sieht Schlüter es als eine demokratische Aufgabe von Journalist_innen, Protestierenden Raum und Stimme zu geben. Dagegen nimmt sich die Einordnung von Jochen Kliement deutlich nüchterner aus:

Allgemein ist eine Demonstration eine Meinungsäußerung wie viele andere auch. Wenn Sie eine Umfrage machen, ist das auch eine bearbeitete Stellungnahme von vielen Menschen. [...] Es gibt kein Monopol auf Volkes Stimme. Da ist eben eine Demonstration ein Teil unter vielen.

Kliement vergleicht die Entscheidung, ob von einer Demonstration berichtet wird, mit einer Ausstellungseröffnung: „Da fragt sich die Redaktion auch: es gibt Tausend Ausstellungseröffnungen. Sollten wir die im Programm haben?“. Gleichzeitig wird bei der Frage nach Kriterien für die Berichterstattung über Demonstrationen zumindest implizit deutlich, dass in diesen Ereignissen gesellschaftlich relevante Konflikte an die Oberfläche treten. Für Christiane Schlüter ist es die Aufgabe von Journalist_innen, das Geschehen mit seinen gesellschaftlichen Implikationen zu verstehen und einzuordnen. „Wenn es ein paar Spinner sind, muss man das auch mal schreiben.“ Voraussetzung dafür sei aber, dass man sich mit den

Beteiligten und ihren Ideen auseinandersetze: „Man muss hingehen und mit den Leuten reden. Man darf keine Berührungsängste haben.“ Bedenkt man, was diese Haltung im Alltag bedeutet, nämlich einen engen Kontakt zum aktivistischen Milieu, wird auch erkennbar, dass hinter den Unterschieden im Endprodukt verschiedene journalistische Praktiken und Feldzugänge liegen. Wenn Protestierende in liberalen Medien eher zu Wort kommen als in konservativen Printmedien (siehe Abbildung 13), geht das auch auf den unterschiedlichen Zugang zu Quellen zurück. Schlüter meint:

Natürlich bekomme ich auch Informationen zugespielt, die andere Leute nicht bekommen, weil in irgendeiner Form wahrgenommen wird: Na ja, der hat da eine gewisse Sympathie oder das ist ja einer von den Guten - so sinngemäß -, dem können wir auch mal im Vertrauen sagen: hier, Folgendes wird gerade diskutiert oder Folgendes passiert gerade.

Noch deutlicher werden die unterschiedlichen journalistischen Zugänge, wenn es um Konfrontationen von Demonstrierenden und Polizei geht. Schlüter meint: „Man muss auch mal eine Diskussion anhören: Wie wird da geredet über Militanz und Regelüberschreitung? Es ist ja nicht so, dass die das vorher nicht diskutieren. Die sind ja ganz oft zugänglich“. Martin Jänichen sagt dagegen mit Bezug auf ritualisierte Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizei:

„Das Gewaltthema [...], da gehe ich am nächsten Tag zur Pressekonferenz des Innensenators, der gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten vorträgt, wie viele Polizisten verletzt wurden und wie viele Gewalttäter festgenommen wurden. Was das für Typen waren, was wissen wir schon?“

Er sucht nicht, wie die Kollegin, den engen Kontakt, zum Protestmilieu – auch weil er die Erfahrung gemacht hat, dass er dort von vornherein auf Ablehnung stößt. Die „herzhaften Linken [...] haben ja dann auch immer so diese ready-made-Feindbilder, und [bestimmte Medien sind] nun mal der Klassenfeind.“ Christiane Schlüter hingegen sieht sich wegen ihres engen Kontakts in die linke Szene Vorwürfen ausgesetzt, sie sei deren „Hofberichterstatteerin“.

Mir wird das dann ganz oft vorgeworfen: Ja, die ist ja so gut vernetzt bei der Antifa. Und dann denke ich immer so: Na ja, es ist mein Job, gut vernetzt zu sein. Ich bin Journalistin, was soll ich denn machen? Am Schreibtisch sitzen und Däumchen drehen? Natürlich bin ich gut vernetzt, sonst könnte ich meinen Job gar nicht machen. Und niemand käme auf die Idee, irgendeinem Kollegen vom BR vorzuwerfen, er sei gut vernetzt in der CSU, ja?

Dass die Haltung zu Protest weniger auf einer individuellen Disposition als einer redaktionellen Linie beruht, betont Schlüter für ihre Zeitung. Sie beschreibt das Blatt als „bewegungsaffin“. In der Redaktion sei das ein „Herzensthema“, und Protest würde als politisches Geschehen ernst genommen. „Politik findet auch an anderen Orten statt, und es ist genauso wichtig, sich das anzugucken, wie sich Landtagsdebatten und Stadtparlamentsdebatten anzugucken.“ In den anderen Interviews bleibt die Frage offen, inwiefern es eine geteilte Haltung zu Protesten gibt. Für Jochen Kliement ist die Auseinandersetzung über den Umgang mit Pegida präsent. Er berichtet von der redaktionsinternen Diskussion über das Dialogangebot des Leiters der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung an Pegida-Demonstrant_innen.

Die einen sagen: Der Mann hat völlig Recht. Man muss sehr viel zuhören, um rauszukriegen: was steckt dahinter? Vielleicht ist da ja auch viel Legitimes und Ehrenwertes dabei. Und andere sagen: wer sich nicht richtig distanziert, wenn da über Ausländer, Medienleute, Politiker in strafrechtlich relevanter Weise gehetzt wird, wer sich davon nicht distanziert und sofort den Platz verlässt, der ist für mich nicht ernst zu nehmen.

Die Diskussion verbindet sich auch mit der Frage, wieviel Platz man im Sender den Pegida-Demonstrationen einräumt und ob übermäßige Berichterstattung deren Mobilisierung unterstützt: „Jeden Freitag überlegen wir: Müssen wir jetzt am Montag wieder über Pegida reden?“. Allgemein gibt es für die Entscheidung, über welchen Protest berichtet wird, keine festen Kriterien. Jochen Kliement meint:

Jeder ist auf der Suche nach der Regel, wann wir über eine Demonstration berichten und wann nicht. [...] Die Diskussionen in den Redaktionen gehen immer in die Richtung: ist das eine Demonstration, die wir wahrnehmen sollen als Sender oder nicht? Die Diskussion ist nicht: Ist das politisch unanständig oder nicht? Das spielt eigentlich keine Rolle; sondern die Diskussion ist: ist das relevant oder nicht.

Wenn man von größeren Demonstrationen mit offensichtlicher bundesweiter Bedeutung absieht, können die Entscheidungen durchaus erratisch fallen. Jänichen und Schlüter betonen aber, dass ihre Intuition und Erfahrung bei der Entscheidung, ob über eine Demonstration berichtet wird, in der Redaktion ernstgenommen werden. Jochen Kliement hebt die planerischen Aspekte der Entscheidung hervor:

Das ist einfach eine Sache des Aufwands. Das kostet Geld, schicken wir da einen Ü-Wagen? Man muss ja auch in der Sendung einen Platz finden; es muss zum Nachrichtenniveau einer Sendung passen. Aber das ist normales Planungshandwerk.

Ein Protest sollte Kliement zufolge dann berichtet werden, wenn er für laufende politische Diskussionen anschlussfähig und für einen größeren Kreis von Menschen von Bedeutung ist. Für Schlüter, der in der Lokalredaktion arbeitet, spielt die stadtpolitische Diskussion eine zentrale Rolle. Hat eine Demonstration Auswirkungen auf die Menschen in der Stadt? Greift sie Themen auf, die in der Stadtgesellschaft diskutiert werden oder zumindest in der Luft liegen? Ohne dass sich Martin Jänichen zur Frage der Relevanz ausführlich äußert, wird erkennbar, dass Demonstrationen für ihn interessant werden, wenn sie neue Elemente aufweisen, Grenzen überschreiten oder thematisch anschlussfähig sind.

Auf Probleme in der Berichterstattung über Demonstrationen angesprochen, benennt Christiane Schlüter eine zu große Distanz zum Gegenstand. Wenn man als Journalist_in nicht nah am Geschehen sei, laufe man Gefahr, die Vorgänge nicht zu verstehen und „Schablonen“ zu produzieren. Auch herrsche bei vielen Kolleg_innen im Umgang mit Demonstrationen ein unkritischer Umgang mit der Polizei vor.

Da machen viele Kollegen, finde ich, große Fehler, indem sie die Polizei als neutralen Akteur wahrnehmen und aufschreiben, was in Polizeipressemeldungen steht, einfach abschreiben. [...] Das würde ich nie tun, weil ich genau weiß, die Polizei ist kein neutraler Akteur. Die Polizei ist ein politischer Akteur. Die Polizei verwaltet das staatliche Gewaltmonopol, das ist ein krasser Job, ne?

Jochen Kliement erkennt Probleme im Umgang mit den Protesten von Pegida. Auf der einen Seite seien auch Journalist_innen mit der Frage nach einem angemessenen Umgang überfordert:

Auch die Medien sind ja nur ein Teil der gesamten Gesellschaft. Und es gibt so Phänomene, die überfordern auch eine Gesellschaft, damit hat keiner so gerechnet. [...] Wir sind alle keine Maschinen, die auf Knopfdruck sofort 100-prozentig korrekt reagieren, sondern lernende Systeme. Und diese neuen Formen von Demonstrationen, die wir in den letzten zwei, drei Jahren gesehen haben, die haben uns auch aufs Neue herausgefordert. Mit den Erfahrungen, die wir aus den Demonstrationen und Bewegungen der Jahre vorher gesammelt haben, kamen wir in Dresden nicht klar.

Die Diskussionen darüber, inwiefern in dem Protest auch legitime Anliegen sichtbar würden, halte in den Redaktionen an. Auf der anderen Seite würden die Kolleg_innen herausgefordert, trotz der Angriffe und des Vorwurfs der „Lügenpresse“ professionelle Distanz zu wahren: „Wenn ich bedroht und beleidigt

werde, dann noch einen Schritt zurück zu treten und sachlich darüber zu berichten, das ist eine hohe Kunst. Das können aber die Kollegen mit viel Erfahrung.“

Zwischenfazit

Auch wenn die Interviews mit den Journalisten nicht mehr als ein Schlaglicht setzen können, illustrieren sie doch, wie es zu einer zuweilen sehr unterschiedlichen Darstellung und Bewertung von Demonstrationen kommt. Dabei korrespondieren die Haltungen einzelner Journalist_innen ganz offensichtlich mit den zuvor gezeigten Ergebnissen der quantitativen Analyse und auch der Frame-Analyse. Wer betont, dass Proteste ein vitaler Bestandteil der Demokratie sind und dass der journalistische Auftrag darin besteht, die Haltung von Demonstrierenden zu verstehen und in engem Kontakt mit ihnen zu bleiben, entwickelt andere Arbeitsroutinen, nutzt andere Quellen und kommt zu einem anderen Endprodukt als Kolleg_innen, die ihre Skepsis gegenüber dieser Form der politischen Artikulation formulieren.

7. Schluss: Wie Medien den Blick auf Protest formen

Die quantitative und qualitative Analyse der Berichterstattung über sieben Großdemonstrationen sowie die Interviews mit protesterfahrenen Journalist_innen zeichnen ein differenziertes Bild von Demonstrationen in den Medien. Im Vergleich der sieben Demonstrationen und elf Medien zeigt sich zum einen, dass die Quellen sehr unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Berichterstattung setzen und die Demonstrierenden ungleich erfolgreich damit sind, Aufmerksamkeit zu finden oder die eigenen Themen und Argumente zu platzieren. Tatsächlich sind die Befunde so spezifisch, dass sich die Demonstrationen kaum zu Gruppen zusammenfassen lassen. Auch für die Medien ist das nur mit Einschränkungen möglich.

Der Blick auf die einzelnen Medien zeigt, dass in konservativen Printmedien der Raum für die Stimmen der Demonstrierenden knapper und ihre Bewertung – mit Ausnahme der Pegida-Demonstration – negativer ausfällt, als in liberalen Medien und den öffentlich-rechtlichen Sendern. Wie die Interviews nahelegen, sind diese Unterschiede zumindest für Printmedien mit kontrastierenden Rollenverständnissen erklärbar. Insbesondere in der Berichterstattung von taz und FR ist ein bewegungsnahes Selbstverständnis erkennbar. Während sie und zum Teil auch andere liberale Medien Demonstrationen emphatisch als Ausdruck politischen und demokratischen Handelns sehen, erscheinen Demonstrationen in der FAZ als von partikularen Interessen getriebene Inszenierungen mit der Tendenz, ins Unzivile abzugleiten. Die Interviews mit Journalist_innen weisen auch darauf hin, dass diese unterschiedlichen Perspektiven mit gegensätzlichen Arbeitsweisen und Zugängen verbunden sind. Die Quellen (Wer kann das Geschehen erklären?) und Arbeitsroutinen (Wie werden Informationen gewonnen?) prägen wiederum die Perspektive und das letztendlich in der Berichterstattung gebotene Bild von Protest. Vor diesem Hintergrund bewegt sich die Berichterstattung zwischen den Polen Emphase und Aversion. Protest erscheint als eine begrüßenswerte Form der Einmischung oder als eine antidemokratische Inszenierung, die sich mit illegitimen Mitteln in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit drängt. Liberale Medien neigen dem ersten Pol zu, solange ein Protest nicht mit Gewalt in Verbindung gebracht wird oder, wie Pegida, völkische und antiliberalen Inhalte vorträgt. Dann ist die Berichterstattung auch hier von Abgrenzung und Ablehnung geprägt.

Auch wenn die Tendenz innerhalb der Kategorie „konservative Printmedien“ in eine ähnliche Richtung weist, bestehen doch erhebliche Unterschiede zwischen den Medien. Die FAZ gewährt der Auseinandersetzung mit den Motiven von Protestierenden mehr Raum als einige liberale Medien. In der Bild-Zeitung findet man äußerst selten einen Bezug auf die Gründe für Protest, zum Beispiel bei den Demonstrationen gegen die Agenda 2010. Die Bild-Zeitung wie auch der Focus und der Spiegel erweisen sich als die Medien mit der stärksten Selektivität in der Berichterstattung zu Demonstrationen. Der Spiegel liegt auch in der Bewertung von Demonstrierenden und in der Auseinandersetzung mit den Motiven für Protest näher an den konservativen Medien als an den liberalen. Dazu werden Proteste im Spiegel kaum als Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte eingeordnet (s.u.).

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk weist die Berichterstattung an mehreren Punkten in die gleiche Richtung geht wie die in liberalen Printmedien, jedoch scheinen hier doch die Besonderheiten des Mediums Fernsehen bzw. Radio stärkeren Erklärungswert zu haben als eine redaktionelle Linie. Zumindest besteht das erklärte Selbstverständnis darin zu zeigen, was ist und dabei die eigene Haltung in den Hintergrund zu stellen. Nicht immer halten sich Journalist_innen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Bewertung

gen zurück. Bei den Pegida-Protesten wird besonders deutlich, dass der Anspruch einer neutralen Haltung angesichts von Anfeindungen und Angriffen, die insbesondere dem gebührenfinanzierten Journalismus galten und gelten, kaum durchgehalten wird.

Bezogen auf die einzelnen Demonstrationen zeigt sich, dass in der Berichterstattung auch Grenzen des Akzeptierten ausgehandelt werden. Zwar positionieren sich Journalist_innen immer wieder auch zu Protest als einem Element streitbarer Demokratien – insbesondere findet man diese Haltung in liberalen Printmedien, wenn das Versammlungsrecht eingeschränkt wird. Aber die Grenzen von Protest werden der Form und dem Inhalt nach anhand einzelner Ereignisse bestimmt. Ein Protest, in dessen Rahmen es zu Konflikten mit der Polizei kommt, gilt als gescheitert; ein Protest der Ressentiments mobilisiert, seien es rassistische, anti-elitäre oder antiamerikanische, gilt als illegitim. In diesen Fällen wird die Abgrenzung in scharfer Sprache vorgetragen.

Vergleicht man die Demonstrationen, erweist sich insbesondere die Fokussierung auf den Umfang der Berichterstattung als irreführend. So steht die geringe Aufmerksamkeit für die TTIP/CETA-Demonstrationen absolut gesehen in einem beträchtlichen Missverhältnis zum Umfang der politischen Mobilisierung gegen die beiden Abkommen. In der Tat ist die Aufmerksamkeit geringer als bei anderen Demonstrationen. Doch andererseits gelingt es kaum einer Demonstration, die Diskussion über ein Thema derart stark und nachhaltig zu beeinflussen wie eben diese Veranstaltung. An den Ergebnissen der Inhaltsanalyse aber auch an den Interviews lässt sich ablesen, dass die thematische Passung des Protestes eine zentrale Rolle für die medial erzeugte Relevanz spielt. Wenn Protestgruppen ein Thema bearbeiten, das „in der Luft liegt“ und das in gesellschaftlichen und parlamentarischen Debatten aufkommt, stehen die Chancen gut, auf der Welle medialer Aufmerksamkeit reiten zu können.

Im Kontrast zu der Demonstration gegen TTIP/CETA zeigt der Protest anlässlich der Reaktorkatastrophe in Fukushima, dass eine positive Wahrnehmung nicht zwingend mit inhaltlicher Auseinandersetzung einhergeht. Der Protest wurde nach der Stilllegung alter Reaktoren und der Entscheidung für den Ausstieg aus der Atomkraft nicht mehr als politische Herausforderung wahrgenommen. Die Berichterstattung blieb nicht nur knapp, sondern auch oberflächlich am Ablauf des Ereignisses orientiert.

An dem Fall der Anti-Atomdemonstration wird ein prinzipielles Dilemma von Protestbewegungen deutlich. Sie inszenieren Protestereignisse, um Aufmerksamkeit für eine grundsätzliche Kritik zu erzeugen. Der mediale Blick auf einzelne Protestereignisse führt aber gleichzeitig dazu, dass längerfristige Perspektiven auf die Entwicklung von Protest und dahinterstehende Konflikte in den Berichten kaum zum Tragen kommen. Auf welche grundsätzlichen Entwicklungen Proteste reagieren und inwiefern sie Einfluss nehmen können und gesellschaftliche Veränderungen anstoßen, wird nur vereinzelt thematisiert. Mit Ausnahme der Wochenzeitung Die Zeit findet man diese Einordnung auch nicht in den anderen wöchentlich erscheinenden Quellen, obgleich auch sie nicht so stark auf tagesaktuelle Entwicklungen ausgerichtet sind. Das Magazin Focus scheint sich Protesten nur dann zu widmen, wenn sie mit Gewalt in Verbindung gebracht werden können. Eine auf gesellschaftliche Konfliktlinien orientierte Perspektive fließt nur dann ein, wenn ein Protest bereits als Thema gesetzt ist und diesem langfristig Raum im jeweiligen Medium gewährt wurde.

Generell zeigen sich zwei Tendenzen: die Vermachtung von Aufmerksamkeitsökonomien und die Dominanz von Deutungsroutrinen. In der Medienberichterstattung spiegeln sich gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse. Die Demonstrationen, bei denen positive Aspekte eher hervorgehoben werden und die Herausforderung für die Regierenden auch inhaltlich am stärksten herausgearbeitet wird, werden

von ressourcenstarken und gesellschaftlich etablierten Organisationen initiiert. So spielen die Redebeiträge auf den gewerkschaftlichen Demonstrationen gegen die Agenda 2010 eine zentrale Rolle in der Berichterstattung. Die Gewerkschaftsvorsitzenden können ihre Argumente ohne starken medialen Filter darstellen. Was in den Redaktionen als relevant angesehen wird, entspricht deren Erfahrungshorizont, geprägt durch ein dominant weißes Mittelschichtsmilieu. Entsprechend haben Proteste von randständigen Gruppen kaum Aussicht auf eine umfassende und emphatische Beachtung.

Die Einbettung eines einzelnen Ereignisses in eine Kampagne oder gar eine übergreifende Konfliktkonstellation wird nur ausnahmsweise erkennbar. Der Blick auf mediale Deutungsrahmen bestätigt nicht nur diese ereignisbezogene und episodische Perspektive, sondern auch die Herausbildung von Deutungs-routinen, mit denen Demonstrationen gerahmt werden. Ist der Protest „friedlich“ oder kommt es zu „Gewalt“? Bilden die Teilnehmenden die „Breite der Bevölkerung“ ab oder sind es die „üblichen Verdächtigen“? Stereotypisierende Deutungsmuster, bei denen ein Aspekt der Demonstration für das Ganze genommen wird, finden sich genauso wie der journalistische Blick für das Ungewohnte. Dass bei den Protesten gegen den Irakkrieg oder gegen Stuttgart 21 vor allem die Teilnahme gut situerter, bürgerlicher Gruppen hervorgehoben wurde, deckt sich nicht ganz mit empirischen Erhebungen, die auch bei diesen Demonstrationen die große Mehrheit der Teilnehmenden in der gut gebildeten, sich selbst als links verstehenden Mittelschicht verorten (Rucht 2003; Baumgarten und Rucht 2013). Die am unmittelbaren Geschehen orientierten Deutungs-routinen verdecken allzu oft den Blick auf die gesellschaftliche Rolle von Protest. Nur selten wird sichtbar, dass Proteste Ausdruck eines tiefer liegenden Konflikts und eine fundamentale Herausforderung für eine gesellschaftliche Ordnung sein können. Erst das Augenmerk darauf würde der Perspektive langfristig wirksamer sozialer Bewegungen ebenso gerecht wie dem journalistischen Anspruch, einzelne Ereignisse nicht nur zu berichten, sondern auch einzuordnen.

Literaturverzeichnis

Andrews, Kenneth; Caren, Neal (2010): Making the News: Movement Organizations, Media Attention, and the Public Agenda. In: *American Sociological Review* 75 (6), S. 841–866.

Baumgarten, Britta; Rucht, Dieter (2013): Die Protestierenden gegen 'Stuttgart 21': einzigartig oder typisch? In: Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.

Blickhan, Michael; Teune, Simon (2003): „Die Lust am Ausnahmezustand?“ Der Berliner 1. Mai im Spiegel der Medien. In: Dieter Rucht (Hg.): Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 185–220.

Davenport, Christian (2010): Media bias, perspective, and state repression. The Black Panther Party. Cambridge: Cambridge University Press.

Downs, Anthony (1972): Up and Down with Ecology: The 'Issue-Attention Cycle'. In: Paul Peretz (Hg.): The politics of American economic policy making. Armonk, NY: Sharpe, S. 48–60.

Entman, Robert M. (2004): Projections of power. Framing news, public opinion, and U.S. foreign policy. Chicago, Ill: University of Chicago Press.

Fridolffson, Charlotte (2004): Politics, Protest and the Threatening Outside. In: *Distinktion* 8, S. 79–92.

Gamson, William; Wolfsfeld, Gadi (1993): Movements and Media as Interacting Systems. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 528 (1), S. 114–125.

Gitlin, Todd (1980): The whole world is watching. Mass media in the making & unmaking of the new left. Berkeley CA: University of California Press.

Halloran, James D.; Elliot, Philip; Murdock, Graham (1970): Demonstrations and Communications. A Case Study. New York: Penguin.

Häusermann, Jürg (2017): Radio. Der O-Ton als journalistische Szene. In: Arne Scheuermann, Francesca Vidal, Gregor Kalivoda, Hartwig Kalverkämper und Gert Ueding (Hg.): Handbuch Medienrhetorik. Berlin: De Gruyter, S. 463–480.

Hocke, Peter (2002): Massenmedien und lokaler Protest. Eine empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen Bewegungshochburg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Koopmans, Ruud (2004): Movements and media. Selection processes and evolutionary dynamics in the public sphere. In: *Theory and Society* 33 (3/4), S. 367–391.

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Dolezal, Martin; Helbling, Marc; Höglinger, Dominic; Wüest, Bruno; Hutter, Swen (2012): Political Conflict in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Lipsky, Michael (1968): Protest as a Political Resource. In: *American Political Science Review* 62 (04), S. 1144–1158.

McCarthy, John; McPhail, Clark; Smith, Jackie (1996): Images of Protest: Dimensions of Selection Bias in Media Coverage of Washington Demonstrations, 1982 and 1991. In: *Sociological Review*, 61 (3), S. 478–499.

- Neidhardt, Friedhelm (1985): Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Stefan Hradil (Hg.): Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–204.
- Nolan, Joseph (1985): Political surfing when issues break. In: *Harvard business review* 63 (1), S. 72–81.
- Oliver, Pamela; Meyer, Daniel (1999): How Events Enter the Public Sphere. Conflict, Location, and Sponsorship in Local Newspaper Coverage of Public Events. In: *American Journal of Sociology* 105 (1), S. 38–87.
- Rosie, Michael; Gorringer, Hugo (2009): 'The Anarchists' World Cup': Respectable Protest and Media Panics. In: *Social Movement Studies* 8 (1), S. 35–53.
- Rucht, Dieter (1994): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft, 34), S. 337–358.
- Rucht, Dieter (2003): Die Friedensdemonstranten. Wer sind sie, wofür stehen sie? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 10–13.
- Rucht, Dieter (2016): Die medienorientierte Inszenierung von Protest, 09.12.2016. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/236953/inszenierung-von-protest?p=all>, zuletzt geprüft am 13.06.2017.
- Rucht, Dieter; Teune, Simon (2008): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien. Frankfurt am Main & New York: Campus.
- Scheufele, Dietram (1999): Framing as a theory of media effects. In: *Journal of Communication* 49 (1), S. 103–122.
- Smith, Jackie; McCarthy, John; McPhail, Clark; Augustin, Boguslaw (2001): From Protest to Agenda Building: Description Bias in Media Coverage of Protest Events in Washington, D.C. In: *Social Forces* 79 (4), S. 1397–1423.
- Snow, David A.; Benford, Robert (1988): Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In: Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi und Sidney Tarrow (Hg.): From structure to action. Comparing social movement research across cultures. Greenwich, Conn.: JAI Press (1), S. 197–217.
- Teune, Simon (2012): Corridors of Action. Protest Rationalities and the Channeling of Anti-Summit Repertoires. Freie Universität Berlin, Berlin.
- Teune, Simon (2015): Verstärkt, verdammt und verstanden. Über den öffentlichen Umgang mit Pegida. In: *Journal für politische Bildung* (4), S. 8–15.
- Walgrave, Stefaan; Manssens, Jan (2000): The Making of The White March: The Mass Media as a Mobilizing Alternative to Movement Organizations. In: *Mobilization: An International Quarterly* 5 (2), S. 217–239.
- Weiner, Melissa (2011): All the news that's fit to print? Silence and voice in mainstream and ethnic press accounts of African American protest. In: Patrick Coy (Hg.): Research in social movements, conflicts and change. Bingley: Emerald, S. 297–324.

Anhang

TABELLE 5: LISTE DER SUCHWÖRTER UND SUCHKOMBINATIONEN ZUR IDENTIFIKATION DER THEMENKONJUNKTUREN IN ABSCHNITT 3

Demonstration	Suchwörter / Suchkombination in LexisNexis
Irakkrieg	Zumindest3((Irakkrieg OR Irakkrieg) OR ((!krieg! OR !einmarsch! OR !bomb! OR !invasion! OR !Kapitulation! OR !kampf! OR !Offensive! OR !besatz! OR !erober!) AND (Hussein OR Irak! OR Bagdad or Saddam)))
Agenda 2010	"Agenda 2010" OR ((Sozialabbau! OR Sozialkahlschlag! OR Sozialreform! OR ((Kürzung! OR Streichung! OR Einschnitt!) and (Arbeitslose! OR Sozialhilfe! OR Sozialleistung! OR Hartz))) and (Schröder OR !Kanzler! OR Bundesregierung OR Agendareform! OR Agenda-Kritik! OR Agenda-Befürworter!))
G8-Gipfel	("G8" OR "G 8" OR "G-8" OR "Group of Eight" OR "Gruppe der Acht") AND (Heiligendamm OR Kühlungsborn OR !Gipfel! OR !Treffen! OR Globalisierung! OR !Weltwirtschaft!)
Stuttgart 21	Stuttgart 21
Fukushima	Fukushima OR Atomkraft! OR Kernkraft! OR Atomenergie! OR Kernenergie!
Pegida	Pegida
Stop TTIP CETA	TTIP or CETA

Die Studie wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung von

